



WESTFÄLISCHE
WILHELMS-UNIVERSITÄT
MÜNSTER

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Jahrgang 2013

Ausgegeben zu Münster am 13. März 2013

Nr. 08

<i>Inhalt</i>	Seite
Satzung der Westfälischen Wilhelms-Universität für das Auswahlverfahren im Studiengang Medizin für das Wintersemester 2013/2014 und das Sommersemester 2014 vom 27.02.2013	615
Satzung der Westfälischen Wilhelms-Universität für das Auswahlverfahren im Studiengang Zahnmedizin für das Wintersemester 2013/2014 und das Sommersemester 2014 vom 27.02.2013	629
Beitragsordnung des Studentenwerks Münster – Anstalt des öffentlichen Rechts - vom 14. Juni 1974 vom 13. 12.2012	643
Veröffentlichung des Jahresabschlusses des Studentenwerks Münster zum 31.12.2011	645
Erste Ordnung zur Änderung der Promotionsordnung der Fachbereiche Geschichte/Philosophie und Philologie der Westfälischen Wilhelms-Universität vom 26. Juli 2012 vom 08.02.2013	647
Erste Ordnung zur Änderung der Ordnung der Graduate School of Sociology des Fachbereichs 06 an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster vom 03. Februar 2009 vom 08.02.2012	650
Ordnung zur Änderung der Promotionsordnung der Philosophischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität vom 5. Dezember 2001 vom 08.02.2013	652

Herausgegeben von der
Rektorin der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster
Schlossplatz 2, 48149 Münster
AB Uni 2013/08
<http://www.uni-muenster.de/Rektorat/abuni/index.html>



Satzung
der Westfälischen Wilhelms-Universität
für das Auswahlverfahren im Studiengang Medizin
für das Wintersemester 2013/2014
und das Sommersemester 2014
vom 27.02.2013

Aufgrund des § 2 Abs. 4 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetzes -HG-) in der Fassung des Hochschulfreiheitsgesetzes vom 31. 10. 2006 (GV NW S. 474) sowie des § 2 Satz 2 des Dritten Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium in Nordrhein-Westfalen (Hochschulzulassungsgesetz-HG) vom 18. November 2008 (GV. NRW. S. 710) hat die Westfälische Wilhelms-Universität folgende Ordnung erlassen:

§ 1 Anwendungsbereich

- (1) Die Westfälische Wilhelms-Universität vergibt zum Wintersemester 2013/014 und zum Sommersemester 2014 im Studiengang Medizin 60 Prozent der nach Abzug der Vorabquoten verbleibenden Studienplätze nach Maßgabe des nachstehenden Auswahlverfahrens.

§ 2 Fristen

- (1) Der Antrag auf Zulassung zum Studium im Studiengang Medizin an der Westfälischen Wilhelms-Universität ist bei der Stiftung für Hochschulzulassung zu stellen. Er muss
 - a. für das Wintersemester 2013/2014, wenn die Hochschulzugangsberechtigung vor dem 16. Januar 2013 erworben wurde, bis zum 31. Mai 2013, andernfalls bis zum 15. Juli 2013,
 - b. für das Sommersemester 2014 bis zum 15. Januar 2014bei der Stiftung für Hochschulzulassung eingegangen sein (Ausschlussfristen).
- (2) Vom Auswahlverfahren ist ausgeschlossen, wer die Frist gemäß Absatz 1 versäumt. Die Bestimmungen über die Möglichkeit zur nachträglichen Einreichung von Unterlagen bleiben unberührt.

§ 3 Form des Antrags

Der Antrag ist in der von der Stiftung für Hochschulzulassung bestimmten Form zu stellen. Ihm sind die von der Stiftung für Hochschulzulassung bestimmten Unterlagen beizufügen.

§ 4 Auswahlverfahren

- (1) Am Auswahlverfahren nimmt nur teil, wer
 - a. sich frist- und formgerecht beworben hat,
 - b. nicht von der Teilnahme ausgeschlossen ist,
 - c. die Westfälische Wilhelms-Universität Münster in erster Ortspräferenz für das Auswahlverfahren angegeben hat und

- d. nach dem Grad der Qualifikation zu den besten 160 Bewerberinnen/Bewerber zählt. Maßgeblich ist die Platzierung auf der gemäß § 5 zu erstellenden Rangliste.
- (2) Wird ein Platz im Auswahlverfahren nicht gemäß §7 Abs. 5 Satz 1 in Anspruch genommen, wird ein Nachrückverfahren nach Maßgabe der Rangliste gemäß § 5 durchgeführt.
- (3) Sofern Studienplätze nicht mit Bewerberinnen/Bewerbern besetzt werden können, die am Auswahlverfahren gemäß Absatz 1 und 2 teilgenommen haben, gilt für das Verfahren zur Auswahl weiterer Bewerberinnen/Bewerber Absatz 1 a) bis c). Teilnehmerinnen/Teilnehmer am Verfahren gemäß Absatz 1 sind von ihm ausgeschlossen.

§ 5 Rangliste der Bewerberinnen/Bewerber

- (1) Die Stiftung für Hochschulzulassung erstellt im Auftrag der Westfälischen Wilhelms – Universität eine Bewerberrangliste gemäß der Gesamtqualifikation der Hochschulzugangsberechtigung. Die Rangfolge wird durch die nach Anlage 1 dieser Satzung ermittelte Durchschnittsnote bestimmt. Eine Gesamtnote gilt als Durchschnittsnote nach Satz 2.
- (2) Wer keine Durchschnittsnote nachweist, wird hinter die letzte Bewerberin/den letzten Bewerber mit feststellbarer Durchschnittsnote eingeordnet.
- (3) Wer nachweist, aus in der eigenen Person liegenden, nicht selbst zu vertretenden Gründen daran gehindert gewesen zu sein, eine bessere Durchschnittsnote zu erreichen, wird auf Antrag mit der besseren Durchschnittsnote berücksichtigt. Die Feststellung hierzu trifft die Stiftung für Hochschulzulassung.
- (4) Besteht nach Absatz 1 - 3 Ranggleichheit, entscheidet die Punktzahl der Gesamtqualifikation der Hochschulzugangsberechtigung. Die hierbei zu berücksichtigenden Punkte werden wie folgt veranschlagt:
- Bei deutschen Abiturzeugnissen, bei denen die Durchschnittsnote auf der Grundlage einer maximal erreichbaren Punktzahl von 840 errechnet worden ist, ist die auf dem Zeugnis ausgewiesene Punktzahl maßgeblich.
 - Bei deutschen Abiturzeugnissen, bei denen die Durchschnittsnote auf der Grundlage einer maximal erreichbaren Punktzahl von 900 errechnet worden ist, wird die maßgebliche Punktzahl P nach der Formel:

$$P = (840 \times PA) : 900$$
errechnet; dabei ist PA die auf dem Abiturzeugnis ausgewiesene Gesamtpunktzahl; es wird auf eine ganze Zahl gerundet.
 - Bei Hochschulzugangsberechtigungen, auf denen keine nach den Beschlüssen der Kultusministerkonferenz errechnete Gesamtpunktzahl ausgewiesen ist, gilt der Mittelwert der Punktspanne, die der jeweiligen Durchschnittsnote nach den Beschlüssen der Kultusministerkonferenz in den Fällen nach a) zugeordnet ist, als maßgebliche Punktzahl; es wird auf eine ganze Zahl gerundet.
- (5) Besteht nach Absatz 4 Ranggleichheit, wird vorrangig ausgewählt, wer zu dem Personenkreis nach § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 der Verordnung über die zentrale Vergabe von Studienplätzen durch die Stiftung für Hochschulzulassung (VergabeVO Stiftung) gehört und durch eine Bescheinigung glaubhaft macht, dass der Dienst in vollem Umfang abgeleistet ist oder bei einer Bewerbung für das Sommersemester bis zum 30. April und bei einer Bewerbung für das Wintersemester bis zum 31. Oktober in vollem Umfang abgeleistet sein wird, oder glaubhaft macht, dass bis zu den genannten Zeitpunkten mindestens sechs Monate Dienst nach § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 VergabeVO Stiftung ausgeübt sein werden. Im Übrigen entscheidet bei Ranggleichheit das Los.

§ 6 Auswahlkriterien

- (1) Die Auswahl im Verfahren gemäß § 4 Abs. 1 erfolgt
 - a. nach Maßgabe des Grades der Qualifikation der Bewerberinnen/Bewerber
 - b. nach dem Ergebnis eines fachspezifischen Studierfähigkeitstest, welcher Aufschluss über die Eignung der Bewerberin/des Bewerbers für das Studium geben soll.
- (2) Im Falle der Ranggleichheit von Bewerberinnen/Bewerbern erfolgt die Auswahl, unbeschadet entgegenstehender gesetzlicher Regelungen, durch Los.
- (3) Sofern Studienplätze nicht mit Bewerberinnen/Bewerbern besetzt werden können, die am Auswahlverfahren gemäß Absatz 1 teilgenommen haben, erfolgt die Auswahl im Verfahren gemäß § 4 Abs. 3 nach Maßgabe des Grades der Qualifikation.

§ 7 Ladung zum Studierfähigkeitstest

- (1) Die Teilnehmerinnen/Teilnehmer am Auswahlverfahren gemäß § 4 Abs. 1 werden zu einem fachspezifischen Studierfähigkeitstest der Medizinischen Fakultät eingeladen.
- (2) Die Termine des Studierfähigkeitstests werden mindestens 6 Wochen vorher auf den Internetseiten des Institutes für Ausbildung und Studienangelegenheiten bekannt gegeben.
- (3) Die Ladung zum Studierfähigkeitstest erfolgt schriftlich durch das Institut für Ausbildung und Studienangelegenheiten der Medizinischen Fakultät an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster an die im Bewerbungsverfahren der Stiftung für Hochschulzulassung benannten Adresse der Bewerberin/des Bewerbers.
- (4) Die Ladung ist rechtzeitig erfolgt, wenn sie mindestens 8 Werktage (einschließlich Sonnabend) vor dem Termin des Auswahlgesprächs zur Post gegeben wurde. Es zählt der Poststempel. Mit ausdrücklicher Zustimmung der Bewerberin/des Bewerbers kann auf die Ladungsfrist verzichtet werden. Im Rahmen eines Nachrückverfahrens gemäß § 4 Abs. 2 wird die Ladung elektronisch übermittelt. In diesem Fall gilt die Ladungsfrist gemäß Satz 1 nicht.
- (5) Die Ladung wird erst dann gültig, wenn der die Bewerberin/der Bewerber diese in einem entsprechenden Online-Formular bis zu einer in der Ladung genannten Frist (mindestens 5 Werktage – einschließlich Sonnabend - nach Postausgangsstempel) auf den Internetseiten des Institutes für Ausbildung und Studienangelegenheiten die Annahme bestätigt. Im Falle eines Nachrückverfahrens gemäß § 4 Abs. 2 beträgt die Frist für die Bestätigung 3 Werktage.
- (6) Die Ladung enthält neben der Nennung des Termins für den Studierfähigkeitstest die Aufforderung an die Bewerberin/den Bewerber, folgende Unterlagen zum Ladungstermin mitzubringen:
 - a. einen der Ladung beiliegenden, in Block- oder Maschinenschrift vollständig ausgefüllten biographischen Fragebogen,
 - b. ein Bewerbungsschreiben gemäß § 12
 - c. einen gültigen Personalausweis oder Reisepass
 - d. ein aktuelles Lichtbild im Format 3,5cm x 4,5 cm.
- (7) Der fachspezifische Studierfähigkeitstest nimmt in der Regel einen Tag in Anspruch. Die Bewerberin/der Bewerber trägt die Kosten für Anreise und etwaige Unterkunft und Verpflegung. Eine Gebühr für den Test wird nicht erhoben.
- (8) Nimmt eine Bewerberin/ein Bewerber die Ladung gemäß Absatz (5) nicht an oder erscheint trotz Annahme nicht zum festgesetzten Termin oder erscheint ohne vollständige Unterlagen gemäß Absatz (6) oder kann den Test aus Gründen, die in der Sphäre der Bewerberin/des Bewerbers liegen, nicht zu Ende führen, so wird der die Be-

werberin/der Bewerber aus dem Auswahlverfahren ausgeschlossen. Ein Anspruch auf Wiederholung des Studierfähigkeitstests Verfahren besteht nicht. Eine erneute Bewerbung zu einem anderen Semester ist davon unbenommen.

§ 8 Auswahlkommission

- (1) Die Medizinische Fakultät setzt eine Auswahlkommission ein. Die Auswahlkommission hat die Aufgabe, die Inhalte der Studierfähigkeitstests zu bestimmen.
- (2) Der Auswahlkommission gehören an:
 - a. 3 Mitglieder aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer
 - b. 1 Mitglied aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter
 - c. 2 Mitglieder aus der Gruppe der Studierenden.
- (3) Die Mitglieder der Auswahlkommission werden vom Fachbereichsrat der Medizinischen Fakultät, nach Gruppen getrennt, gewählt. Der Fachbereichsrat wählt, nach Gruppen getrennt, für jedes Mitglied eine Stellvertreterin/einen Stellvertreter.
- (4) Der Fachbereichsrat der Medizinischen Fakultät wählt aus den Mitgliedern der Auswahlkommission die Vorsitzende/den Vorsitzenden und die stellvertretende Vorsitzende/den stellvertretenden Vorsitzenden der Auswahlkommission. Die/der Vorsitzende muss aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer stammen.
- (5) Die Dekanin/der Dekan bzw. die Studiendekanin/der Studiendekan können den Sitzungen der Auswahlkommission beratend beiwohnen.
- (6) Die Auswahlkommission beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der/des Vorsitzenden.
- (7) Die Auswahlkommission berichtet der Dekanin/dem Dekan und dem Fachbereichsrat über das Ergebnis und die Entwicklung des Auswahlverfahrens.
- (8) Die Sitzungen der Auswahlkommission sind nicht öffentlich. Die Mitglieder der Auswahlkommission und die Vertreterinnen/Vertreter unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende/den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

§ 9 Testleiter(in)

- (1) Für die logistische Vorbereitung, Organisation und operative Durchführung des Studierfähigkeitstests wählt der Fachbereichsrat der Medizinischen Fakultät aus den Mitgliedern der Medizinischen Fakultät aus den Gruppen der Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer und der akademischen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter eine Testleiterin/einen Testleiter und eine stellvertretende Testleiterin/einen stellvertretenden Testleiter. Die Testleiterin/der Testleiter ist für die Einhaltung der Bestimmungen dieser Satzung zuständig und überwacht die ordnungsgemäße Durchführung des Auswahlverfahrens.
- (2) Die Testleiterin/der Testleiter können nicht stimmberechtigte Beobachterinnen/Beobachter zum Studierfähigkeitstest zulassen, sofern diese ein berechtigtes Interesse an der Gewinnung von Erkenntnissen über Studierfähigkeitstests geltend machen können. Die Beobachterinnen/Beobachter sind nicht berechtigt, sich während des Auswahlverfahrens zur Qualifikation der Bewerberinnen/Bewerber zu äußern oder in sonstiger Weise auf die Beurteilung der Bewerberinnen/Bewerber Einfluss zu nehmen. Für sie gelten die Bestimmungen gemäß § 10 (7) entsprechend.
- (3) Der(die) Testleiter(in) berichtet der Auswahlkommission über den Verlauf und das Ergebnis des Studierfähigkeitstests, sowie die Zulassung Beobachter / Beobachterinnen.

§ 10 Jurorinnen und Juroren

- (1) Die Beurteilung der Qualifikation der Bewerberinnen/Bewerber im Rahmen der Studierfähigkeitstests obliegt Jurorinnen/Juroren.
- (2) Die Jurorinnen/Juroren werden von der Dekanin/dem Dekan der medizinischen Fakultät bestellt.
- (3) Jurorinnen/Juroren können alle Mitglieder der Gruppen der Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer und der akademischen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Medizinischen Fakultät, sowie die ärztlichen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der gemäß § 3 (2) ÄAppO in die studentische Ausbildung einbezogenen Krankenhäuser, ärztlichen Praxen und Einrichtungen der ambulanten ärztlichen Krankenversorgung sein. Ferner die außerplanmäßigen Professorinnen/Professoren, die Privatdozentinnen/Privatdozenten, sowie die Emeriti und die in den Ruhestand versetzten Angehörigen der Fakultät.
- (4) Darüber hinaus können Mitglieder der Westfälischen Wilhelms – Universität aus den Gruppen der Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer und der akademischen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter, die nicht der Medizinischen Fakultät angehören, zu Jurorinnen/Juroren bestellt werden, wenn sie aufgrund ihrer in der Westfälischen Wilhelms-Universität wahrgenommenen Aufgaben qualifiziert sind, die in dem jeweiligen Testabschnitt nachzuweisenden Qualifikationen zu beurteilen.
- (5) Die Bestellung von Jurorinnen/Juroren ist vertraulich zu behandeln.
- (6) Die Tätigkeit als Jurorin/Juror ist für die Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer, sowie die akademischen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Medizinischen Fakultät Dienstpflicht.
- (7) Alle Beteiligten am Studierfähigkeitstest sind zur Verschwiegenheit gegenüber Dritten außerhalb des Testverfahrens hinsichtlich der Erkenntnisse aus dem Verfahren, als auch hinsichtlich der Ergebnisse verpflichtet.
- (8) Liegt ein Grund vor, der geeignet ist, Misstrauen gegen eine unparteiische Beteiligung am Studierfähigkeitstest zu rechtfertigen, oder wird von einem Beteiligten das Vorliegen eines solchen Grundes behauptet, so hat die Jurorin/der Juror die Dekanin/den Dekan oder die/den von dieser/diesem Beauftragte/Beauftragten zu unterrichten. Die Dekanin / der Dekan entscheidet über den Ausschluss der betreffenden Jurorin/des betreffenden Jurors.

§ 11 Zweck und Gliederung des Studierfähigkeitstests, Ordnungsvorschriften

- (1) Der fachspezifische Studierfähigkeitstest an der Westfälischen Wilhelms – Universität Münster dient der Beurteilung der Eignung der Bewerberin/des Bewerbers für das Studium der Medizin am Studienstandort Münster. Hierzu werden die Motivation und Interesse am Studium der Medizin, das grundlegende Verständnis für allgemeine mathematisch-naturwissenschaftliche und medizinische Problemstellungen, sowie das Vorhandensein der als erforderlich erachteten kommunikativen und sozialen Kompetenzen überprüft.
- (2) Die Bewerberinnen/Bewerber werden in folgenden 3 Testabschnitten bewertet:
 - a. Bewerbungsschreiben gemäß § 12
 - b. Naturwissenschaftlich-medizinischer Verständnistest gemäß §13
 - c. Multiple Mini-Interaktions–Test gemäß §14
- (3) Den Bewerberinnen/Bewerbern wird eine Einarbeitungszeit von 90 Minuten eingeräumt. Für die Einarbeitung werden ihnen ausgewählte Informationen, Handreichungen, sowie Studienergebnisse zur Verfügung gestellt, die anhand einer freien Internet-Recherche selbstständig um weitere Erkenntnisse ergänzt werden dürfen. Die Inhalte der Materialien können - auch im Kontext der durch die Internet erzielbaren Ergebnisse - Grundlage für die in Absatz (2) b und c benannten Testabschnitte sein.

- (4) Versucht eine Bewerberin/ein Bewerber das Ergebnis des Studierfähigkeitstests durch Täuschung zu beeinflussen, so wird sie/er von dem weiteren Auswahlverfahren ausgeschlossen. Die Feststellung wird von der jeweiligen Jurorin/dem jeweiligen Juror oder der für die Aufsichtsführung zuständigen Person getroffen und aktenkundig gemacht. Neben der Nutzung gilt auch die Vorhaltung von unerlaubten Hilfsmitteln als Täuschungsversuch und wird gleichermaßen geahndet. Ein Anspruch auf Wiederholung des Studierfähigkeitstests besteht in diesem Fall nicht. Eine erneute Bewerbung zu einem anderen Semester ist davon unbenommen.
- (5) Eine Bewerberin/ein Bewerber, die/der den ordnungsgemäßen Ablauf des Studierfähigkeitstest stört, kann von der jeweiligen Jurorin/dem jeweiligen Juror oder der Aufsicht führenden Person in der Regel nach Abmahnung von der Fortsetzung des Verfahrens ausgeschlossen werden. Die Bewerberin/der Bewerber ist in diesem Fall von dem weiteren Auswahlverfahren ausgeschlossen. Ein Anspruch auf Wiederholung des Studierfähigkeitstests besteht in diesem Fall nicht. Eine erneute Bewerbung zu einem anderen Semester ist davon unbenommen.
- (6) Die Sicherstellung des organisatorischen Ablaufes des Studierfähigkeitstest obliegt dem Institut für Ausbildung und Studienangelegenheiten der Medizinischen Fakultät.

§ 12 Das Bewerbungsschreiben

- (1) In dem Bewerbungsschreiben hat die Bewerberin/der Bewerber die Gelegenheit, ihre/seine Motivation für die Wahl des Studienganges, die Gründe für die Studienortswahl, etwaige fachspezifischen Vorerfahrungen, sowie die subjektiv empfundene Qualifikation für dieses Studium darzulegen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, ein außerschulisches Engagement darzustellen.
- (2) Das Bewerbungsschreiben muss folgenden formalen Anforderungen genügen:
 - a. Es muss innerhalb des oberen Randes von 2 cm mit Namen, Vornamen und Geburtsdatum der Bewerberin/des Bewerbers gekennzeichnet sein, so dass diese zum Zweck der Anonymisierung entsprechend abgedeckt werden können. Lichtbilder, handschriftliche Unterschriften oder sonstige namensspezifische Hinweise auf die Person der Bewerberin/des Bewerbers sind nicht zulässig.
 - b. Es darf nicht mehr als zwei Din A4 - Seiten umfassen, die einen einzeiligen Zeilenabstand und eine Mindestschriftgröße von 12 Punkten aufweisen. Der Text ist so zu platzieren, dass rundum ein unbeschriebener Rand – mit Ausnahme der Angaben gemäß Nr. 1 - von 2 cm eingehalten wird.
- (3) Ausbildungen, Praktika, Berufserfahrungen, bzw. Leistungen und Preise werden nur dann in die Bewertung des Bewerbungsschreibens einbezogen, wenn sie durch Urkunden oder Zeugnisse belegt sind, die im Original oder als beglaubigte Kopie sowie zusätzlich als einfache Kopie mit Schwärzungen über Namen, Vornamen, Geburtsdatum und Geburtsort dem Bewerbungsschreiben anliegen
- (4) Das Bewerbungsschreiben wird von fünf bestellten Jurorinnen/Juroren gemäß § 10 begutachtet. Die Testleiterin/der Testleiter bestimmt die für die Begutachtung der einzelnen Bewerbungsschreiben zuständigen Jurorinnen/Juroren durch Losentscheid.
- (5) Jede Jurorin/Juror bewertet die von ihr/ihm zu begutachtenden Bewerbungsschreiben mit einer Punktzahl aus einer Skala, die von 0 Punkten bis 40 Punkten reicht. Entspricht das Bewerbungsschreiben nicht den formalen Anforderungen gemäß Absatz 2, erfolgt keine inhaltliche Beurteilung. Das Bewerbungsschreiben wird in diesem Fall mit 0 Punkten bewertet. Die Auswahlkommission beschließt Leitlinien für die Beurteilung der Bewerbungsschreiben.
- (6) Das Ergebnis der Beurteilung des Bewerbungsschreibens errechnet sich als der auf drei Stellen hinter dem Komma mathematisch gerundete arithmetische Mittelwert der fünf Bewertungen.

§ 13 Medizinisch - naturwissenschaftlicher Verständnistest

- (1) Der medizinisch-naturwissenschaftliche Verständnistest soll die grundlegende Befähigung der Bewerberinnen/Bewerber zur Aufnahme, Analyse und Interpretation komplexer naturwissenschaftlicher und medizinischer Informationen, sowie das Verständnis logischer Zusammenhänge erheben. Gegenstand des Tests können insbesondere sein:
 - a. die Merkfähigkeit,
 - b. das räumliche Vorstellungsvermögen,
 - c. die Konzentrationsfähigkeit
 - d. fachspezifische Kenntnisse und ihre Anwendung auf Abiturniveau in den Naturwissenschaften (Biologie, Chemie, Physik), in der Mathematik, sowie in der Fremdsprache Englisch.
- (2) Die in der Einarbeitungsphase gemäß §11 (3) verfügbar gemachten Informationen können Grundlage der Aufgabenstellungen sein.
- (3) Der Test besteht aus 60 Multiple-Choice-Aufgaben. In jeder Aufgabe werden fünf Antwortmöglichkeiten zur Wahl gestellt von denen lediglich eine zutreffend ist.
- (4) Die Auswahlkommission bestimmt die Aufgaben des medizinisch- naturwissenschaftlichen Verständnistests und legt in diesem Rahmen fest, welche Antwortmöglichkeiten als zutreffend anerkannt werden. Das Institut für Ausbildung und Studienangelegenheiten der Medizinischen Fakultät kann der Auswahlkommission Vorschläge für die Aufgaben vorlegen, für die es auf externe Autorinnen/Autoren zurückgreifen kann.
- (5) Alle Teilnehmer erhalten dieselben Prüfungsaufgaben, wobei die Reihenfolge der Aufgaben von Teilnehmerin/Teilnehmer zu Teilnehmerin/Teilnehmer variieren kann.
- (6) Für die Bearbeitung des Medizinisch - naturwissenschaftlichen Verständnistests stehen der Bewerberin/dem Bewerber 1,5 Stunden Bearbeitungszeit zur Verfügung.
- (7) Eine Aufgabe ist richtig gelöst, wenn die Bewerberin/ der Bewerber die zutreffende Antwort kennzeichnet. Kennzeichnet die Bewerberin/ der Bewerber mehr als eine Antwortmöglichkeit, ist die Aufgabe auch dann nicht gelöst, wenn sich unter den gekennzeichneten Antwortmöglichkeiten die zutreffende befindet.
- (8) Pro richtig gelöster Aufgabe wird der Bewerberin/dem Bewerber ein Punkt gutgeschrieben.
- (9) Fehlerhafte Aufgaben werden bei der Feststellung des Testergebnisses nicht berücksichtigt.
- (10) In der Regel wird der Test rechnergestützt durchgeführt. Sofern aufgrund einer technischen Störung die ordnungsgemäße Durchführung in rechnergestützter Form nicht gewährleistet ist, kann die Testleiterin/der Testleiter bestimmen, den Test Papier basiert durchzuführen.
- (11) Das Ergebnis des medizinisch – naturwissenschaftlichen Verständnistest pro Bewerberin/Bewerber ergibt sich aus der Summe der erreichten Punkte.
- (12) Zum Zweck ihrer Erprobung können in den Test auch Aufgaben aufgenommen werden, die nicht in die Wertung eingehen. Diese sind als solches besonders gekennzeichnet. Die Bearbeitung dieser Aufgaben ist den Bewerberinnen/Bewerbern freigestellt.

§ 14 Multiple Mini-Interaktions - Test

- (1) Der Multiple Mini-Interaktionstest soll Auskunft über den Grad der Eignung für den Studiengang der Medizin über das kognitive Qualifikationsniveau hinaus geben.
- (2) Der Multiple-Mini-Interaktions-Test besteht aus mindestens 7 und maximal 10 Interaktions-Settings.

- (3) Die Interaktions-Settings können in Form eines strukturierten Interviews direkt mit der Jurorin/dem Juror, unter Einbindung einer Spielszene mit einer Schauspielerin/einem Schauspieler oder durch eine Aufgabenstellung im praktischen Bereich, ggf. auch durch eine Simulation am Computer gehalten sein.
- (4) Die Auswahlkommission bestimmt die einzusetzenden Interaktions-Settings und die dabei jeweils zu erreichende Höchstpunktzahl. Die Summe der Höchstpunktzahlen aller Interaktions-Settings hat 160 Punkte zu betragen. Darüber hinaus beschließt die Auswahlkommission Leitlinien für die Beurteilung der Bewerberinnen/Bewerber.
- (5) Das Institut für Ausbildung und Studienangelegenheiten der Medizinischen Fakultät legt der Auswahlkommission Vorschläge für die Interaktions-Settings vor. Es kann bei deren Erarbeitung auf externe Autoren zurückgreifen.
- (6) Die Interaktionen der Bewerberinnen/Bewerber werden pro Setting von zwei Jurorinnen/Juroren anhand einer Punkteskala von 0 bis zum Höchstpunktwert des jeweiligen Settings nach Absatz (4) bewertet.
- (7) Die Auswahlkommission kann bis zu drei Interaktions-Settings nach Absatz 1 durch schriftliche Kurztests zur Ermittlung psychosozialer Kompetenzen ersetzen. Die Kurztests bestehen aus Aufgaben, die im Antwort-Wahl Verfahren zu lösen sind. Die Aufgaben der Kurztests, die als zutreffend anzuerkennenden Antworten, der für eine zutreffend gelöste Aufgabe zu erzielende Punktwert, sowie die erreichbare Höchstpunktzahl pro Kurztest werden von der Auswahlkommission festgesetzt. Die Einzelergebnisse der Kurztests werden wie die Einzelergebnisse der Interaktions-Settings in die Gesamtbewertung nach Absatz 12 einbezogen.
- (8) Die Verteilung der Jurorinnen/Juroren gemäß § 10 auf die verschiedenen Interaktions-Settings erfolgt durch die Testleiterin/den Testleiter.
- (9) Sofern am Tag des Studierfähigkeitstests aufgrund technischer oder logistischer Störungen oder personeller Engpässe die Durchführung nicht aller von der Auswahlkommission bestimmten Interaktionssettings gewährleistet ist, kann die Testleiterin/der Testleiter bis zu zwei Interaktions – Settings ersatzlos streichen. Dabei darf die Anzahl der Interaktions-Settings nicht unter die Mindestanzahl gemäß Absatz 2 fallen. Das reale Ergebnis einer Bewerberin/eines Bewerbers an einem Setting wird um den prozentualen Anteil der Summe der Höchstpunktzahlen der aus der Wertung genommenen Settings an der Gesamtsumme der Höchstpunktzahlen der verbliebenen Setting erhöht.
- (10) Für die Bearbeitung der Aufgabenstellung jedes Interaktions-Settings stehen der Bewerberin/dem Bewerber fünf Minuten zur Verfügung. Vor jedem Interaktions-Setting erhält die Bewerberin/der Bewerber eine kurze schriftliche Einführung in die Aufgabenstellung.
- (11) Die in der Einarbeitungsphase gemäß §11 (3) verfügbar gemachten Informationen können Grundlage der Aufgabenstellungen in den Interaktions-Settings sein.
- (12) Das Ergebnis des Multiple-Mini-Interaktions-Tests pro Bewerberin/Bewerber ergibt sich aus der Summe der erreichten Punkte aller bearbeiteten Aufgaben.

§ 15 Vergabe der Studienplätze

- (1) Als Ergebnis des Auswahlverfahrens gemäß § 4 Abs. 1 wird für jede Bewerberin/jeden Bewerber ein Punktwert gebildet. Er errechnet sich als Summe
 - a. des Punktwertes des Grades der Qualifikation nach Maßgabe von § 5 Abs. 4 dieser Satzung
 - b. des für das Bewerbungsschreibens erreichten Punktwertes gemäß § 12 Abs. 6
 - c. des im medizinischen-naturwissenschaftlichen Verständnistest erzielten Punktwertes gemäß § 13 Abs. 10
 - d. des im Multiple-Mini-Interaktions-Tests erzielten Punktwertes gemäß § 14 Abs. 13.

- (2) Die Vergabe der Studienplätze erfolgt nach Maßgabe einer Rangliste, die auf Grundlage der von den Bewerberinnen/Bewerbern gemäß Absatz 1 Satz 1 erzielten Punktwerte erstellt wird. Haben mehrere Bewerberinnen/Bewerber die gleiche Punktzahl erreicht, entscheidet das Los über die Reihung.
- (3) Die Vergabe von Studienplätzen, die nicht mit Bewerberinnen/Bewerbern von der Rangliste gemäß Absatz 1 und 2 besetzt werden können, erfolgt nach Maßgabe des Grades der Qualifikation.

§ 16 Bescheidung der Bewerberinnen/Bewerber

- (1) Über das Ergebnis des Auswahlverfahrens erhalten die Bewerberinnen/Bewerber einen schriftlichen Zulassungsbescheid. Dieser wird von der Stiftung für Hochschulzulassung im Namen und im Auftrag der Westfälischen Wilhelms-Universität erteilt.

§ 17 Nachrückverfahren

- (1) Für die Vergabe verfügbar gebliebener oder werdender Studienplätze im Rahmen eines Nachrückverfahrens gelten die einschlägigen rechtlichen Bestimmungen. Die im Rahmen des Nachrückverfahrens ergehenden Zulassungsbescheide erteilt die Stiftung für Hochschulzulassung im Namen und im Auftrag der Westfälischen Wilhelms-Universität.

§ 18 Losentscheid

- (1) Nach Abschluss des Nachrückverfahrens vergibt die Westfälische Wilhelms-Universität noch verfügbare oder verfügbar werdende Studienplätze durch Los.

§ 19 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Westfälischen Wilhelms-Universität in Kraft.

Ermittlung der Durchschnittsnote (zu § 5 Abs. 1)

- (1) Bei Hochschulzugangsberechtigungen auf der Grundlage der
1. "Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung von Zeugnissen der allgemeinen Hochschulreife, die an Gymnasien mit neugestalteter Oberstufe erworben wurden" gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 7. Mai 1971 in der Fassung vom 8. November 1972 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 191.1),
 2. "Vereinbarung zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II" gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 7. Juli 1972 in der Fassung vom 24. Oktober 2008 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 176),
 3. "Vereinbarung über die Abiturprüfung für Nichtschülerinnen und Nichtschüler entsprechend der Gestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II" gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 13. September 1974 in der Fassung vom 24. Oktober 2008 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 192.2),
 4. "Vereinbarung über die Durchführung der Abiturprüfung für Schülerinnen und Schüler an Waldorfschulen" gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 21. Februar 1980 in der Fassung vom 24. Oktober 2008 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 485.2),
 5. "Vereinbarung zur Gestaltung der Abendgymnasien" gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 21. Juni 1979 in der Fassung vom 24. Oktober 2008 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 240.2),
 6. "Vereinbarung zur Gestaltung der Kollegs" gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 21. Juni 1979 in der Fassung vom 24. Oktober 2008 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 248.1),

die eine auf eine Stelle nach dem Komma bestimmte Durchschnittsnote enthalten, wird diese von der Stiftung bei der Rangplatzbestimmung zugrunde gelegt. 2Enthält die Hochschulzugangsberechtigung keine Durchschnittsnote nach Satz 1, aber eine Punktzahl der Gesamtqualifikation, wird von der Stiftung nach Anlage 2 der "Vereinbarung über die Abiturprüfung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II" gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 13. Dezember 1973 in der Fassung vom 24. Oktober 2008 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 192) die Durchschnittsnote aus der Punktzahl der Gesamtqualifikation errechnet. 3Die Durchschnittsnote wird auf eine Stelle nach dem Komma errechnet; es wird nicht gerundet.

- (2) Bei Hochschulzugangsberechtigungen auf der Grundlage der "Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung der an Gymnasien erworbenen Zeugnisse der allgemeinen Hochschulreife" gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 20. März 1969 - in der Fassung vom 20. Juni 1972 - und vom 13. Dezember 1973 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 191) wird die allgemeine Durchschnittsnote aus dem arithmetischen Mittel der Noten der Hochschulzugangsberechtigung einschließlich der Noten für die im 11. und 12. Schuljahr abgeschlossenen Fächer wie folgt gebildet:
1. Weist die Hochschulzugangsberechtigung eine Note für das Fach Gemeinschaftskunde aus, werden die Noten für die Fächer Geschichte, Erdkunde, Sozialkunde und Philosophie sowie für sonstige Fächer, die in der Hochschulzugangsberechtigung als zu dem Fach Gemeinschaftskunde gehörig ausgewiesen sind, nicht gewertet;
 2. weist die Hochschulzugangsberechtigung keine Note für das Fach Gemeinschaftskunde aus, ist diese aus dem arithmetischen Mittel der Noten für die Fächer Geschichte, Erdkunde, Sozialkunde und Philosophie oder für die Fä-

cher, die in der Hochschulzugangsberechtigung als zu dem Fach Gemeinschaftskunde gehörig ausgewiesen sind, zu bilden;

3. ist in der Hochschulzugangsberechtigung eine Note für das Fach Geschichte mit Gemeinschaftskunde ausgewiesen, gilt diese Note als Note für das Fach Geschichte und als Note für das Fach Sozialkunde;
4. bei der Bildung der Note für das Fach Gemeinschaftskunde wird gerundet;
5. ist in der Hochschulzugangsberechtigung neben den Noten für die Fächer Biologie, Chemie und Physik eine Gesamtnote für den naturwissenschaftlichen Bereich ausgewiesen, bleibt diese bei der Errechnung der Durchschnittsnote außer Betracht;
6. Noten für die Fächer Religionslehre, Ethik, Kunsterziehung, Musik und Sport bleiben außer Betracht, es sei denn, dass die Zulassung zu einem entsprechenden Studiengang beantragt wird;
7. Noten für die Fächer Kunsterziehung, Musik und Sport werden gewertet, soweit sie Kernpflichtfächer waren;
8. Noten für zusätzliche Unterrichtsveranstaltungen und für Arbeitsgemeinschaften bleiben unberücksichtigt;
9. die Durchschnittsnote wird auf eine Stelle nach dem Komma errechnet; es wird nicht gerundet.

Die allgemeine Durchschnittsnote wird von der Schule, die besonderen Durchschnittsnoten für bestimmte Studiengänge nach Satz 1 Nr. 6 werden auf Antrag von der Schule in der Hochschulzugangsberechtigung oder einer besonderen Bescheinigung ausgewiesen. Für Hochschulzugangsberechtigungen, die vor dem 1. April 1975 erworben wurden, ermittelt die Stiftung die Durchschnittsnoten, soweit sie nicht von der Schule ausgewiesen sind.

(3) Bei Hochschulzugangsberechtigungen auf der Grundlage

1. der "Vereinbarung über Abendgymnasien" gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 3. Oktober 1957 in der Fassung vom 8. Oktober 1970 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 240),
2. des Beschlusses der Kultusministerkonferenz vom 8. Juli 1965 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 248) über die "Institute zur Erlangung der Hochschulreife („Kollegs")"

wird die Durchschnittsnote aus dem arithmetischen Mittel der Noten der Hochschulzugangsberechtigung mit Ausnahme der Noten für die Fächer, die in der Hochschulzugangsberechtigung oder einer besonderen Bescheinigung als vorzeitig abgeschlossen ausgewiesen sind, gebildet. Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 bis 6 und 9 findet Anwendung. Ist die Durchschnittsnote nicht von der Schule ausgewiesen, wird sie von der Stiftung nach Satz 1 und 2 errechnet.

(4) Bei Hochschulzugangsberechtigungen auf der Grundlage der

1. 1. "Vereinbarung über die befristete gegenseitige Anerkennung von Zeugnissen der fachgebundenen Hochschulreife, die an zur Zeit bestehenden Schulen, Schulformen beziehungsweise -typen erworben worden sind" gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 25. November 1976 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 226.2) und vom 16. Februar 1978 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 226.2.1),
2. 2. "Sondervereinbarung über die gegenseitige Anerkennung der Zeugnisse von besonderen gymnasialen Schulformen, die zu einer allgemeinen Hochschulreife führen" gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 25. November 1976 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 226.1),

3. 3. "Rahmenvereinbarung über die Berufsoberschule" gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 25. November 1976 in der Fassung vom 1. Februar 2007 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 470)

finden die Absätze 1 bis 3 entsprechende Anwendung. Dabei ist bei der Bildung der Note für das Fach Gemeinschaftskunde nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 eine im Zeugnis ausgewiesene Note für das Fach Wirtschaftsgeographie beziehungsweise Geographie mit Wirtschaftsgeographie einzubeziehen.

- (5) Bei Hochschulzugangsberechtigungen, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990 an einer in eine Hochschule übergeleiteten Bildungseinrichtung erworben wurden, ist eine Durchschnittsnote von der Hochschule in dem Zeugnis oder einer besonderen Bescheinigung auszuweisen. Die Durchschnittsnote wird auf eine Stelle nach dem Komma errechnet; es wird nicht gerundet.
- (6) Bei sonstigen Hochschulzugangsberechtigungen, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990 erworben wurden und eine Durchschnittsnote enthalten, die auf eine Stelle nach dem Komma bestimmt ist, wird diese von der Stiftung bei der Rangplatzbestimmung zugrunde gelegt.
- (7) Bei sonstigen Hochschulzugangsberechtigungen, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990 erworben wurden und nur Einzelnoten im Rahmen eines sechsstufigen Notensystems enthalten, wird von der Stiftung eine Durchschnittsnote unter entsprechender Anwendung des Absatzes 2 Satz 1 Nr. 1 bis 6 und 9 aus dem arithmetischen Mittel der Noten gebildet; Noten für gegebenenfalls im 11. und 12. Schuljahr abgeschlossene Fächer sowie Noten für zusätzliche Unterrichtsveranstaltungen und für Arbeitsgemeinschaften bleiben unberücksichtigt.
- (8) Bei sonstigen Hochschulzugangsberechtigungen, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990 erworben wurden und weder eine Durchschnittsnote, die auf eine Stelle nach dem Komma bestimmt ist, noch Einzelnoten im Rahmen eines sechsstufigen Notensystems enthalten, ist eine Durchschnittsnote durch eine besondere Bescheinigung nachzuweisen, die von der für die Abnahme der entsprechenden Prüfung zuständigen Stelle oder von der obersten Landesbehörde auszustellen ist, unter deren Aufsicht diese Prüfung durchgeführt worden ist. Bei der Bestimmung der Durchschnittsnote sind einzelne Prüfungsleistungen, die der Hochschulzugangsberechtigung zugrunde liegen, zur Beurteilung heranzuziehen. Die Durchschnittsnote wird auf eine Stelle nach dem Komma bestimmt; es wird nicht gerundet.
- (9) Bei Hochschulzugangsberechtigungen aus der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, die nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10. Mai 1990 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 908) zur Aufnahme eines Studiums in der Bundesrepublik Deutschland berechtigen, wird die Durchschnittsnote nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 8. Juli 1987 in der Fassung vom 8. Oktober 1990 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 289.1) errechnet. Bei Hochschulzugangsberechtigungen aus den in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Ländern, die nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 21. Februar 1992 in der Fassung vom 12. März 1993 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 234) und vom 25. Februar 1994 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 234.1) zur Aufnahme eines Studiums in der Bundesrepublik Deutschland berechtigen, wird die Durchschnittsnote nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 21. Februar 1992 in der Fassung vom 9. Juni 1993 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 235) errechnet. Die Durchschnittsnote wird jeweils von der für die Ausstellung des Zeugnisses zuständigen Stelle auf eine Stelle nach dem Komma errechnet; es wird nicht gerundet. Die Stiftung legt die auf dem Zeugnis oder in einer besonderen Bescheinigung ausgewiesene Durchschnittsnote bei der Rangplatzbestimmung zugrunde.

- (10) Bei ausländischen Vorbildungsnachweisen wird die Gesamtnote, wenn keine Bescheinigung der Zeugnisanerkennungsstelle eines Landes über die Festsetzung einer Gesamtnote vorliegt, von der Stiftung auf der Grundlage der „Vereinbarung über die Festsetzung der Gesamtnote bei ausländischen Hochschulzugangszugnissen“ vom 15. 3. 1991 i. d. F. vom 18. 11. 2004 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 289.5) berechnet.
- (11) Bei Hochschulzugangsberechtigungen, die bis einschließlich 1986 aufgrund einer Abschlussprüfung unter dem Vorsitz einer oder eines Prüfungsbeauftragten der Kultusministerkonferenz an deutschen Schulen im Ausland (ausgenommen die Schulen mit neugestalteter gymnasialer Oberstufe) und an Privatschulen im deutschsprachigen Ausland erworben wurden, ist die Durchschnittsnote durch eine Bescheinigung der oder des Prüfungsbeauftragten nachzuweisen. Dasselbe gilt weiterhin für die Zeugnisse der deutschen Reifeprüfungen, die am Lyzeum Alpinum in Zuoz und am Institut auf dem Rosenberg in St. Gallen erworben wurden. Die Durchschnittsnote wird auf eine Stelle nach dem Komma bestimmt; es wird nicht gerundet. Bei Hochschulzugangsberechtigungen, die ab 1987 aufgrund einer Abschlussprüfung unter dem Vorsitz einer oder eines Prüfungsbeauftragten der Kultusministerkonferenz an deutschen Schulen im Ausland erworben wurden, wird die auf dem Zeugnis ausgewiesene, auf eine Stelle nach dem Komma bestimmte Durchschnittsnote von der Stiftung bei der Rangplatzbestimmung zugrunde gelegt.
- (12) Bei Hochschulzugangsberechtigungen, die an den deutsch-französischen Gymnasien ab dem Abiturtermin 1982 erworben wurden, wird der in den Zeugnissen gemäß Artikel 30 des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik vom 10. Februar 1972 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 90) ausgewiesene "allgemeine Notendurchschnitt" bei der Rangplatzbestimmung zugrunde gelegt. Für die Umrechnung des "allgemeinen Notendurchschnitts" wird der für die Europäischen Schulen geltende Umrechnungsschlüssel gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 8. Dezember 1975 in der Fassung vom 14. Februar 1996 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 289.2) angewendet. Bei Absolventinnen und Absolventen der deutsch-französischen Gymnasien in Freiburg und Saarbrücken werden für das Abitur 1982 und 1983 die bis 1981 geltenden Richtlinien angewendet, sofern durch die Neuregelung im Einzelfall eine Verschlechterung der Durchschnittsnote eintritt. Die nach diesem Verfahren umgerechnete allgemeine Durchschnittsnote wird zusätzlich zum "allgemeinen Notendurchschnitt" im "Zeugnis über das Bestehen des deutsch-französischen Abiturs" ausgewiesen und durch den Stempelzusatz "Durchschnittsnote gemäß Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen" gekennzeichnet.
- (13) Bei Hochschulzugangsberechtigungen, die nach den Bestimmungen der/des „International Baccalaureate Organisation/Office du Baccalauréat International“ erworben wurden, wird die Durchschnittsnote auf der Grundlage der Vereinbarung über die Anerkennung des „International Baccalaureate Diploma/Diplôme du Baccalauréat International“ gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10. März 1986 in der Fassung vom 26. Juni 2009 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 283).

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fachbereichsrats der Medizinischen Fakultät vom 18. Dezember 2012.

Münster, den 27. Februar 2013

Die Rektorin



Prof. Dr. Ursula Nelles

Die vorstehende Ordnung wird gemäß der Ordnung der Westfälischen Wilhelms-Universität über die Verkündung von Ordnungen, die Veröffentlichung von Beschlüssen sowie Bekanntmachungen von Satzungen vom 08.02.1991 (AB Uni 91/1), zuletzt geändert am 23.12.1998 (AB Uni 99/4), hiermit verkündet.

Münster, den 27. Februar 2013

Die Rektorin



Prof. Dr. Ursula Nelles

Satzung
der Westfälischen Wilhelms-Universität
für das Auswahlverfahren im Studiengang Zahnmedizin
für das Wintersemester 2013/2014
und das Sommersemester 2014
vom 27.02.2013

Aufgrund des § 2 Abs. 4 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetzes -HG-) in der Fassung des Hochschulfreiheitsgesetzes vom 31. 10. 2006 (GV NW S. 474) sowie des § 2 Satz 2 des Dritten Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium in Nordrhein-Westfalen (Hochschulzulassungsgesetz-HG) vom 18. November 2008 (GV. NRW. S. 710) hat die Westfälische Wilhelms-Universität folgende Ordnung erlassen:

§ 1 Anwendungsbereich

- (1) Die Westfälische Wilhelms-Universität vergibt zum Wintersemester 2013/2014 und zum Sommersemester 2014 Studiengang Zahnmedizin 60 Prozent der nach Abzug der Vorabquoten verbleibenden Studienplätze nach Maßgabe des nachstehenden Auswahlverfahrens.

§ 2 Fristen

- (1) Der Antrag auf Zulassung zum Studium im Studiengang Zahnmedizin an der Westfälischen Wilhelms-Universität ist bei der Stiftung für Hochschulzulassung zu stellen. Er muss
 - a. für das Wintersemester 2013/2014, wenn die Hochschulzugangsberechtigung vor dem 16. Januar 2013 erworben wurde, bis zum 31. Mai 2013, andernfalls bis zum 15. Juli 2013,
 - b. für das Sommersemester 2014 bis zum 15. Januar 2014bei der Stiftung für Hochschulzulassung eingegangen sein (Ausschlussfristen).
- (2) Vom Auswahlverfahren ist ausgeschlossen, wer die Frist gemäß Absatz 1 versäumt. Die Bestimmungen über die Möglichkeit zur nachträglichen Einreichung von Unterlagen bleiben unberührt.

§ 3 Form des Antrags

Der Antrag ist in der von der Stiftung für Hochschulzulassung bestimmten Form zu stellen. Ihm sind die von der Stiftung für Hochschulzulassung bestimmten Unterlagen beizufügen.

§ 4 Auswahlverfahren

- (1) Am Auswahlverfahren nimmt nur teil, wer
 - a. sich frist- und formgerecht beworben hat,
 - b. nicht von der Teilnahme ausgeschlossen ist,
 - c. die Westfälische Wilhelms-Universität Münster in erster Ortspräferenz für das Auswahlverfahren angegeben hat und

- d. nach dem Grad der Qualifikation zu den besten 60 Bewerberinnen/Bewerber zählt. Maßgeblich ist die Platzierung auf der gemäß § 5 zu erstellenden Rangliste.
- (2) Wird ein Platz im Auswahlverfahren nicht gemäß §7 Abs. 5 Satz 1 in Anspruch genommen, wird ein Nachrückverfahren nach Maßgabe der Rangliste gemäß § 5 durchgeführt.
- (3) Sofern Studienplätze nicht mit Bewerberinnen/Bewerbern besetzt werden können, die am Auswahlverfahren gemäß Absatz 1 und 2 teilgenommen haben, gilt für das Verfahren zur Auswahl weiterer Bewerberinnen/Bewerber Absatz 1 a) bis c). Teilnehmerinnen/Teilnehmer am Verfahren gemäß Absatz 1 sind von ihm ausgeschlossen.

§ 5 Rangliste der Bewerberinnen/Bewerber

- (1) Die Stiftung für Hochschulzulassung erstellt im Auftrag der Westfälischen Wilhelms – Universität eine Bewerberrangliste gemäß der Gesamtqualifikation der Hochschulzugangsberechtigung. Die Rangfolge wird durch die nach Anlage 1 dieser Satzung ermittelte Durchschnittsnote bestimmt. Eine Gesamtnote gilt als Durchschnittsnote nach Satz 2.
- (2) Wer keine Durchschnittsnote nachweist, wird hinter die letzte Bewerberin/den letzten Bewerber mit feststellbarer Durchschnittsnote eingeordnet.
- (3) Wer nachweist, aus in der eigenen Person liegenden, nicht selbst zu vertretenden Gründen daran gehindert gewesen zu sein, eine bessere Durchschnittsnote zu erreichen, wird auf Antrag mit der besseren Durchschnittsnote berücksichtigt. Die Feststellung hierzu trifft die Stiftung für Hochschulzulassung.
- (4) Besteht nach Absatz 1 - 3 Ranggleichheit, entscheidet die Punktzahl der Gesamtqualifikation der Hochschulzugangsberechtigung. Die hierbei zu berücksichtigenden Punkte werden wie folgt veranschlagt:
- Bei deutschen Abiturzeugnissen, bei denen die Durchschnittsnote auf der Grundlage einer maximal erreichbaren Punktzahl von 840 errechnet worden ist, ist die auf dem Zeugnis ausgewiesene Punktzahl maßgeblich.
 - Bei deutschen Abiturzeugnissen, bei denen die Durchschnittsnote auf der Grundlage einer maximal erreichbaren Punktzahl von 900 errechnet worden ist, wird die maßgebliche Punktzahl P nach der Formel:

$$P = (840 \times PA) : 900$$
errechnet; dabei ist PA die auf dem Abiturzeugnis ausgewiesene Gesamtpunktzahl; es wird auf eine ganze Zahl gerundet.
 - Bei Hochschulzugangsberechtigungen, auf denen keine nach den Beschlüssen der Kultusministerkonferenz errechnete Gesamtpunktzahl ausgewiesen ist, gilt der Mittelwert der Punktspanne, die der jeweiligen Durchschnittsnote nach den Beschlüssen der Kultusministerkonferenz in den Fällen nach a) zugeordnet ist, als maßgebliche Punktzahl; es wird auf eine ganze Zahl gerundet.
- (5) Besteht nach Absatz 4 Ranggleichheit, wird vorrangig ausgewählt, wer zu dem Personenkreis nach § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 der Verordnung über die zentrale Vergabe von Studienplätzen durch die Stiftung für Hochschulzulassung (VergabeVO Stiftung) gehört und durch eine Bescheinigung glaubhaft macht, dass der Dienst in vollem Umfang abgeleistet ist oder bei einer Bewerbung für das Sommersemester bis zum 30. April und bei einer Bewerbung für das Wintersemester bis zum 31. Oktober in vollem Umfang abgeleistet sein wird, oder glaubhaft macht, dass bis zu den genannten Zeitpunkten mindestens sechs Monate Dienst nach § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 VergabeVO Stiftung ausgeübt sein werden. Im Übrigen entscheidet bei Ranggleichheit das Los.

§ 6 Auswahlkriterien

- (1) Die Auswahl im Verfahren gemäß § 4 Abs. 1 erfolgt
 - a. nach Maßgabe des Grades der Qualifikation der Bewerberinnen/Bewerber
 - b. nach dem Ergebnis eines fachspezifischen Studierfähigkeitstest, welcher Aufschluss über die Eignung der Bewerberin/des Bewerbers für das Studium geben soll.
- (2) Im Falle der Ranggleichheit von Bewerberinnen/Bewerbern erfolgt die Auswahl, unbeschadet entgegenstehender gesetzlicher Regelungen, durch Los.
- (3) Sofern Studienplätze nicht mit Bewerberinnen/Bewerbern besetzt werden können, die am Auswahlverfahren gemäß Absatz 1 teilgenommen haben, erfolgt die Auswahl im Verfahren gemäß § 4 Abs. 3 nach Maßgabe des Grades der Qualifikation.

§ 7 Ladung zum Studierfähigkeitstest

- (1) Die Teilnehmerinnen/Teilnehmer am Auswahlverfahren gemäß § 4 Abs. 1 werden zu einem fachspezifischen Studierfähigkeitstest der Medizinischen Fakultät eingeladen.
- (2) Die Termine des Studierfähigkeitstests werden mindestens 6 Wochen vorher auf den Internetseiten des Institutes für Ausbildung und Studienangelegenheiten bekannt gegeben.
- (3) Die Ladung zum Studierfähigkeitstest erfolgt schriftlich durch das Institut für Ausbildung und Studienangelegenheiten der Medizinischen Fakultät an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster an die im Bewerbungsverfahren der Stiftung für Hochschulzulassung benannten Adresse der Bewerberin/des Bewerbers.
- (4) Die Ladung ist rechtzeitig erfolgt, wenn sie mindestens 8 Werktage (einschließlich Sonnabend) vor dem Termin des Auswahlgesprächs zur Post gegeben wurde. Es zählt der Poststempel. Mit ausdrücklicher Zustimmung der Bewerberin/des Bewerbers kann auf die Ladungsfrist verzichtet werden. Im Rahmen eines Nachrückverfahrens gemäß § 4 Abs. 2 wird die Ladung elektronisch übermittelt. In diesem Fall gilt die Ladungsfrist gemäß Satz 1 nicht.
- (5) Die Ladung wird erst dann gültig, wenn der die Bewerberin/der Bewerber diese in einem entsprechenden Online-Formular bis zu einer in der Ladung genannten Frist (mindestens 5 Werktage – einschließlich Sonnabend - nach Postausgangsstempel) auf den Internetseiten des Institutes für Ausbildung und Studienangelegenheiten die Annahme bestätigt. Im Falle eines Nachrückverfahrens gemäß § 4 Abs. 2 beträgt die Frist für die Bestätigung 3 Werktage.
- (6) Die Ladung enthält neben der Nennung des Termins für den Studierfähigkeitstest die Aufforderung an die Bewerberin/den Bewerber, folgende Unterlagen zum Ladungstermin mitzubringen:
 - a. einen der Ladung beiliegenden, in Block- oder Maschinenschrift vollständig ausgefüllten biographischen Fragebogen,
 - b. ein Bewerbungsschreiben gemäß § 12
 - c. einen gültigen Personalausweis oder Reisepass
 - d. ein aktuelles Lichtbild im Format 3,5 cm x 4,5 cm.
- (7) Der fachspezifische Studierfähigkeitstest nimmt in der Regel einen Tag in Anspruch. Die Bewerberin/der Bewerber trägt die Kosten für Anreise und etwaige Unterkunft und Verpflegung. Eine Gebühr für den Test wird nicht erhoben.
- (8) Nimmt eine Bewerberin/ein Bewerber die Ladung gemäß Absatz (5) nicht an oder erscheint trotz Annahme nicht zum festgesetzten Termin oder erscheint ohne vollständige Unterlagen gemäß Absatz (6) oder kann den Test aus Gründen, die in der Sphäre der Bewerberin/des Bewerbers liegen, nicht zu Ende führen, so wird der die Bewerberin/der Bewerber aus dem Auswahlverfahren ausgeschlossen. Ein Anspruch

auf Wiederholung des Studierfähigkeitstests Verfahren besteht nicht. Eine erneute Bewerbung zu einem anderen Semester ist davon unbenommen.

§ 8 Auswahlkommission

- (1) Die Medizinische Fakultät setzt eine Auswahlkommission ein. Die Auswahlkommission hat die Aufgabe, die Inhalte der Studierfähigkeitstests zu bestimmen.
- (2) Der Auswahlkommission gehören an:
 - a. 3 Mitglieder aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer
 - b. 1 Mitglied aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter
 - c. 2 Mitglieder aus der Gruppe der Studierenden.
- (3) Die Mitglieder der Auswahlkommission werden vom Fachbereichsrat der Medizinischen Fakultät, nach Gruppen getrennt, gewählt. Der Fachbereichsrat wählt, nach Gruppen getrennt, für jedes Mitglied eine Stellvertreterin/einen Stellvertreter.
- (4) Der Fachbereichsrat der Medizinischen Fakultät wählt aus den Mitgliedern der Auswahlkommission die Vorsitzende/den Vorsitzenden und die stellvertretende Vorsitzende/den stellvertretenden Vorsitzenden der Auswahlkommission. Die/der Vorsitzende muss aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer stammen.
- (5) Die Dekanin/der Dekan bzw. die Studiendekanin/der Studiendekan können den Sitzungen der Auswahlkommission beratend beiwohnen.
- (6) Die Auswahlkommission beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der/des Vorsitzenden.
- (7) Die Auswahlkommission berichtet der Dekanin/dem Dekan und dem Fachbereichsrat über das Ergebnis und die Entwicklung des Auswahlverfahrens.
- (8) Die Sitzungen der Auswahlkommission sind nicht öffentlich. Die Mitglieder der Auswahlkommission und die Vertreterinnen/Vertreter unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende/den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

§ 9 Testleiter(in)

- (1) Für die logistische Vorbereitung, Organisation und operative Durchführung des Studierfähigkeitstests wählt der Fachbereichsrat der Medizinischen Fakultät aus den Mitgliedern der Medizinischen Fakultät aus den Gruppen der Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer und der akademischen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter eine Testleiterin/einen Testleiter und eine stellvertretende Testleiterin/einen stellvertretenden Testleiter. Die Testleiterin/der Testleiter ist für die Einhaltung der Bestimmungen dieser Satzung zuständig und überwacht die ordnungsgemäße Durchführung des Auswahlverfahrens.
- (2) Die Testleiterin/der Testleiter können nicht stimmberechtigte Beobachterinnen/Beobachter zum Studierfähigkeitstest zulassen, sofern diese ein berechtigtes Interesse an der Gewinnung von Erkenntnissen über Studierfähigkeitstests geltend machen können. Die Beobachterinnen/Beobachter sind nicht berechtigt, sich während des Auswahlverfahrens zur Qualifikation der Bewerberinnen/Bewerber zu äußern oder in sonstiger Weise auf die Beurteilung der Bewerberinnen/Bewerber Einfluss zu nehmen. Für sie gelten die Bestimmungen gemäß § 10 (7) entsprechend.
- (3) Der(die) Testleiter(in) berichtet der Auswahlkommission über den Verlauf und das Ergebnis des Studierfähigkeitstests, sowie die Zulassung Beobachter / Beobachterinnen.

§ 10 Jurorinnen und Juroren

- (1) Die Beurteilung der Qualifikation der Bewerberinnen/Bewerber im Rahmen der Studierfähigkeitstests obliegt Jurorinnen/Juroren.
- (2) Die Jurorinnen/Juroren werden von der Dekanin/dem Dekan der medizinischen Fakultät bestellt.
- (3) Jurorinnen/Juroren können alle Mitglieder der Gruppen der Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer und der akademischen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Medizinischen Fakultät, sowie die ärztlichen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der gemäß § 3 (2) ÄAppO in die studentische Ausbildung einbezogenen Krankenhäuser, ärztlichen Praxen und Einrichtungen der ambulanten ärztlichen Krankenversorgung sein. Ferner die außerplanmäßigen Professorinnen/Professoren, die Privatdozentinnen/Privatdozenten, sowie die Emeriti und die in den Ruhestand versetzten Angehörigen der Fakultät.
- (4) Darüber hinaus können Mitglieder der Westfälischen Wilhelms – Universität aus den Gruppen der Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer und der akademischen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter, die nicht der Medizinischen Fakultät angehören, zu Jurorinnen/Juroren bestellt werden, wenn sie aufgrund ihrer in der Westfälischen Wilhelms-Universität wahrgenommenen Aufgaben qualifiziert sind, die in dem jeweiligen Testabschnitt nachzuweisenden Qualifikationen zu beurteilen.
- (5) Die Bestellung von Jurorinnen/Juroren ist vertraulich zu behandeln.
- (6) Die Tätigkeit als Jurorin/Juror ist für die Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer, sowie die akademischen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Medizinischen Fakultät Dienstpflicht.
- (7) Alle Beteiligten am Studierfähigkeitstest sind zur Verschwiegenheit gegenüber Dritten außerhalb des Testverfahrens hinsichtlich der Erkenntnisse aus dem Verfahren, als auch hinsichtlich der Ergebnisse verpflichtet.
- (8) Liegt ein Grund vor, der geeignet ist, Misstrauen gegen eine unparteiische Beteiligung am Studierfähigkeitstest zu rechtfertigen, oder wird von einem Beteiligten das Vorliegen eines solchen Grundes behauptet, so hat die Jurorin/der Juror die Dekanin/den Dekan oder die/den von dieser/diesem Beauftragte/Beauftragten zu unterrichten. Die Dekanin / der Dekan entscheidet über den Ausschluss der betreffenden Jurorin/des betreffenden Jurors.

§ 11 Zweck und Gliederung des Studierfähigkeitstests, Ordnungsvorschriften

- (1) Der fachspezifische Studierfähigkeitstest an der Westfälischen Wilhelms – Universität Münster dient der Beurteilung der Eignung der Bewerberin/des Bewerbers für das Studium der Medizin am Studienstandort Münster. Hierzu werden die Motivation und Interesse am Studium der Medizin, das grundlegende Verständnis für allgemeine mathematisch-naturwissenschaftliche und medizinische Problemstellungen, sowie das Vorhandensein der als erforderlich erachteten kommunikativen und sozialen Kompetenzen überprüft.
- (2) Die Bewerberinnen/Bewerber werden in folgenden 3 Testabschnitten bewertet:
 - a. Bewerbungsschreiben gemäß § 12
 - b. Naturwissenschaftlich-medizinischer Verständnistest gemäß §13
 - c. Multiple Mini-Interaktions–Test gemäß §14
- (3) Den Bewerberinnen/Bewerbern wird eine Einarbeitungszeit von 90 Minuten eingeräumt. Für die Einarbeitung werden ihnen ausgewählte Informationen, Handreichungen, sowie Studienergebnisse zur Verfügung gestellt, die anhand einer freien Internet-Recherche selbstständig um weitere Erkenntnisse ergänzt werden dürfen. Die Inhalte der Materialien können - auch im Kontext der durch die Internet erzielbaren Ergebnisse - Grundlage für die in Absatz (2) b und c benannten Testabschnitte sein.

- (4) Versucht eine Bewerberin/ein Bewerber das Ergebnis des Studierfähigkeitstests durch Täuschung zu beeinflussen, so wird sie/er von dem weiteren Auswahlverfahren ausgeschlossen. Die Feststellung wird von der jeweiligen Jurorin/dem jeweiligen Juror oder der für die Aufsichtsführung zuständigen Person getroffen und aktenkundig gemacht. Neben der Nutzung gilt auch die Vorhaltung von unerlaubten Hilfsmitteln als Täuschungsversuch und wird gleichermaßen geahndet. Ein Anspruch auf Wiederholung des Studierfähigkeitstests besteht in diesem Fall nicht. Eine erneute Bewerbung zu einem anderen Semester ist davon unbenommen.
- (5) Eine Bewerberin/ein Bewerber, die/der den ordnungsgemäßen Ablauf des Studierfähigkeitstest stört, kann von der jeweiligen Jurorin/dem jeweiligen Juror oder der Aufsicht führenden Person in der Regel nach Abmahnung von der Fortsetzung des Verfahrens ausgeschlossen werden. Die Bewerberin/der Bewerber ist in diesem Fall von dem weiteren Auswahlverfahren ausgeschlossen. Ein Anspruch auf Wiederholung des Studierfähigkeitstests besteht in diesem Fall nicht. Eine erneute Bewerbung zu einem anderen Semester ist davon unbenommen.
- (6) Die Sicherstellung des organisatorischen Ablaufes des Studierfähigkeitstest obliegt dem Institut für Ausbildung und Studienangelegenheiten der Medizinischen Fakultät.

§ 12 Das Bewerbungsschreiben

- (1) In dem Bewerbungsschreiben hat die Bewerberin/der Bewerber die Gelegenheit, ihre/seine Motivation für die Wahl des Studienganges, die Gründe für die Studienortswahl, etwaige fachspezifischen Vorerfahrungen, sowie die subjektiv empfundene Qualifikation für dieses Studium darzulegen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, ein außerschulisches Engagement darzustellen.
- (2) Das Bewerbungsschreiben muss folgenden formalen Anforderungen genügen:
 - a. Es muss innerhalb des oberen Randes von 2 cm mit Namen, Vornamen und Geburtsdatum der Bewerberin/des Bewerbers gekennzeichnet sein, so dass diese zum Zweck der Anonymisierung entsprechend abgedeckt werden können. Lichtbilder, handschriftliche Unterschriften oder sonstige namensspezifische Hinweise auf die Person der Bewerberin/des Bewerbers sind nicht zulässig.
 - b. Es darf nicht mehr als zwei Din A4 - Seiten umfassen, die einen einzeiligen Zeilenabstand und eine Mindestschriftgröße von 12 Punkten aufweisen. Der Text ist so zu platzieren, dass rundum ein unbeschriebener Rand – mit Ausnahme der Angaben gemäß Nr. 1 - von 2 cm eingehalten wird.
- (3) Ausbildungen, Praktika, Berufserfahrungen, bzw. Leistungen und Preise werden nur dann in die Bewertung des Bewerbungsschreibens einbezogen, wenn sie durch Urkunden oder Zeugnisse belegt sind, die im Original oder als beglaubigte Kopie sowie zusätzlich als einfache Kopie mit Schwärzungen über Namen, Vornamen, Geburtsdatum und Geburtsort dem Bewerbungsschreiben anliegen
- (4) Das Bewerbungsschreiben wird von fünf bestellten Jurorinnen/Juroren gemäß § 10 begutachtet. Die Testleiterin/der Testleiter bestimmt die für die Begutachtung der einzelnen Bewerbungsschreiben zuständigen Jurorinnen/Juroren durch Losentscheid.
- (5) Jede Jurorin/Juror bewertet die von ihr/ihm zu begutachtenden Bewerbungsschreiben mit einer Punktzahl aus einer Skala, die von 0 Punkten bis 40 Punkten reicht. Entspricht das Bewerbungsschreiben nicht den formalen Anforderungen gemäß Absatz 2, erfolgt keine inhaltliche Beurteilung. Das Bewerbungsschreiben wird in diesem Fall mit 0 Punkten bewertet. Die Auswahlkommission beschließt Leitlinien für die Beurteilung der Bewerbungsschreiben.
- (6) Das Ergebnis der Beurteilung des Bewerbungsschreibens errechnet sich als der auf drei Stellen hinter dem Komma mathematisch gerundete arithmetische Mittelwert der fünf Bewertungen.

§ 13 Medizinisch - naturwissenschaftlicher Verständnistest

- (1) Der medizinisch-naturwissenschaftliche Verständnistest soll die grundlegende Befähigung der Bewerberinnen/Bewerber zur Aufnahme, Analyse und Interpretation komplexer naturwissenschaftlicher und medizinischer Informationen, sowie das Verständnis logischer Zusammenhänge erheben. Gegenstand des Tests können insbesondere sein:
 - a. die Merkfähigkeit,
 - b. das räumliche Vorstellungsvermögen,
 - c. die Konzentrationsfähigkeit
 - d. fachspezifische Kenntnisse und ihre Anwendung auf Abiturniveau in den Naturwissenschaften (Biologie, Chemie, Physik), in der Mathematik, sowie in der Fremdsprache Englisch.
- (2) Die in der Einarbeitungsphase gemäß §11 (3) verfügbar gemachten Informationen können Grundlage der Aufgabenstellungen sein.
- (3) Der Test besteht aus 60 Multiple-Choice-Aufgaben. In jeder Aufgabe werden fünf Antwortmöglichkeiten zur Wahl gestellt von denen lediglich eine zutreffend ist.
- (4) Die Auswahlkommission bestimmt die Aufgaben des medizinisch- naturwissenschaftlichen Verständnistests und legt in diesem Rahmen fest, welche Antwortmöglichkeiten als zutreffend anerkannt werden. Das Institut für Ausbildung und Studienangelegenheiten der Medizinischen Fakultät kann der Auswahlkommission Vorschläge für die Aufgaben vorlegen, für die es auf externe Autorinnen/Autoren zurückgreifen kann.
- (5) Alle Teilnehmer erhalten dieselben Prüfungsaufgaben, wobei die Reihenfolge der Aufgaben von Teilnehmerin/Teilnehmer zu Teilnehmerin/Teilnehmer variieren kann.
- (6) Für die Bearbeitung des Medizinisch - naturwissenschaftlichen Verständnistests stehen der Bewerberin/dem Bewerber 1,5 Stunden Bearbeitungszeit zur Verfügung.
- (7) Eine Aufgabe ist richtig gelöst, wenn die Bewerberin/ der Bewerber die zutreffende Antwort kennzeichnet. Kennzeichnet die Bewerberin/ der Bewerber mehr als eine Antwortmöglichkeit, ist die Aufgabe auch dann nicht gelöst, wenn sich unter den gekennzeichneten Antwortmöglichkeiten die zutreffende befindet.
- (8) Pro richtig gelöster Aufgabe wird der Bewerberin/dem Bewerber ein Punkt gutgeschrieben.
- (9) Fehlerhafte Aufgaben werden bei der Feststellung des Testergebnisses nicht berücksichtigt.
- (10) In der Regel wird der Test rechnergestützt durchgeführt. Sofern aufgrund einer technischen Störung die ordnungsgemäße Durchführung in rechnergestützter Form nicht gewährleistet ist, kann die Testleiterin/der Testleiter bestimmen, den Test Papier basiert durchzuführen.
- (11) Das Ergebnis des medizinisch – naturwissenschaftlichen Verständnistest pro Bewerberin/Bewerber ergibt sich aus der Summe der erreichten Punkte.
- (12) Zum Zweck ihrer Erprobung können in den Test auch Aufgaben aufgenommen werden, die nicht in die Wertung eingehen. Diese sind als solches besonders gekennzeichnet. Die Bearbeitung dieser Aufgaben ist den Bewerberinnen/Bewerbern freigestellt.

§ 14 Multiple Mini-Interaktions - Test

- (1) Der Multiple Mini-Interaktionstest soll Auskunft über den Grad der Eignung für den Studiengang der Medizin über das kognitive Qualifikationsniveau hinaus geben.
- (2) Der Multiple-Mini-Interaktions-Test besteht aus mindestens 7 und maximal 10 Interaktions-Settings.

- (3) Die Interaktions-Settings können in Form eines strukturierten Interviews direkt mit der Jurorin/dem Juror, unter Einbindung einer Spielszene mit einer Schauspieler/in/einem Schauspieler oder durch eine Aufgabenstellung im praktischen Bereich, ggf. auch durch eine Simulation am Computer gehalten sein.
- (4) Die Auswahlkommission bestimmt die einzusetzenden Interaktions-Settings und die dabei jeweils zu erreichende Höchstpunktzahl. Die Summe der Höchstpunktzahlen aller Interaktions-Settings hat 160 Punkte zu betragen. Darüber hinaus beschließt die Auswahlkommission Leitlinien für die Beurteilung der Bewerberinnen/Bewerber.
- (5) Das Institut für Ausbildung und Studienangelegenheiten der Medizinischen Fakultät legt der Auswahlkommission Vorschläge für die Interaktions-Settings vor. Es kann bei deren Erarbeitung auf externe Autoren zurückgreifen.
- (6) Die Interaktionen der Bewerberinnen/Bewerber werden pro Setting von zwei Jurorinnen/Juroren anhand einer Punkteskala von 0 bis zum Höchstpunktwert des jeweiligen Settings nach Absatz (4) bewertet.
- (7) Die Auswahlkommission kann bis zu drei Interaktions-Settings nach Absatz 1 durch schriftliche Kurztests zur Ermittlung psychosozialer Kompetenzen ersetzen. Die Kurztests bestehen aus Aufgaben, die im Antwort-Wahl Verfahren zu lösen sind. Die Aufgaben der Kurztests, die als zutreffend anzuerkennenden Antworten, der für eine zutreffend gelöste Aufgabe zu erzielende Punktwert, sowie die erreichbare Höchstpunktzahl pro Kurztest werden von der Auswahlkommission festgesetzt. Die Einzelergebnisse der Kurztests werden wie die Einzelergebnisse der Interaktions-Settings in die Gesamtbewertung nach Absatz 12 einbezogen.
- (8) Die Verteilung der Jurorinnen/Juroren gemäß § 10 auf die verschiedenen Interaktions-Settings erfolgt durch die Testleiterin/den Testleiter.
- (9) Sofern am Tag des Studierfähigkeitstests aufgrund technischer oder logistischer Störungen oder personeller Engpässe die Durchführung nicht aller von der Auswahlkommission bestimmten Interaktionssettings gewährleistet ist, kann die Testleiterin/der Testleiter bis zu zwei Interaktions – Settings ersatzlos streichen. Dabei darf die Anzahl der Interaktions-Settings nicht unter die Mindestanzahl gemäß Absatz 2 fallen. Das reale Ergebnis einer Bewerberin/eines Bewerbers an einem Setting wird um den prozentualen Anteil der Summe der Höchstpunktzahlen der aus der Wertung genommenen Settings an der Gesamtsumme der Höchstpunktzahlen der verbliebenen Setting erhöht.
- (10) Für die Bearbeitung der Aufgabenstellung jedes Interaktions-Settings stehen der Bewerberin/dem Bewerber fünf Minuten zur Verfügung. Vor jedem Interaktions-Setting erhält die Bewerberin/der Bewerber eine kurze schriftliche Einführung in die Aufgabenstellung.
- (11) Die in der Einarbeitungsphase gemäß §11 (3) verfügbar gemachten Informationen können Grundlage der Aufgabenstellungen in den Interaktions-Settings sein.
- (12) Das Ergebnis des Multiple-Mini-Interaktions-Tests pro Bewerberin/Bewerber ergibt sich aus der Summe der erreichten Punkte aller bearbeiteten Aufgaben.

§ 15 Vergabe der Studienplätze

- (1) Als Ergebnis des Auswahlverfahrens gemäß § 4 Abs. 1 wird für jede Bewerberin/jeden Bewerber ein Punktwert gebildet. Er errechnet sich als Summe
 - a. des Punktwertes des Grades der Qualifikation nach Maßgabe von § 5 Abs. 4 dieser Satzung
 - b. des für das Bewerbungsschreibens erreichten Punktwertes gemäß § 12 Abs. 6
 - c. des im medizinischen-naturwissenschaftlichen Verständnistest erzielten Punktwertes gemäß § 13 Abs. 10
 - d. des im Multiple-Mini-Interaktions-Tests erzielten Punktwertes gemäß § 14 Abs. 13.

- (2) Die Vergabe der Studienplätze erfolgt nach Maßgabe einer Rangliste, die auf Grundlage der von den Bewerberinnen/Bewerbern gemäß Absatz 1 Satz 1 erzielten Punktwerte erstellt wird. Haben mehrere Bewerberinnen/Bewerber die gleiche Punktzahl erreicht, entscheidet das Los über die Reihung.
- (3) Die Vergabe von Studienplätzen, die nicht mit Bewerberinnen/Bewerbern von der Rangliste gemäß Absatz 1 und 2 besetzt werden können, erfolgt nach Maßgabe des Grades der Qualifikation.

§ 16 Bescheidung der Bewerberinnen/Bewerber

- (1) Über das Ergebnis des Auswahlverfahrens erhalten die Bewerberinnen/Bewerber einen schriftlichen Zulassungsbescheid. Dieser wird von der Stiftung für Hochschulzulassung im Namen und im Auftrag der Westfälischen Wilhelms-Universität erteilt.

§ 17 Nachrückverfahren

- (1) Für die Vergabe verfügbar gebliebener oder werdender Studienplätze im Rahmen eines Nachrückverfahrens gelten die einschlägigen rechtlichen Bestimmungen. Die im Rahmen des Nachrückverfahrens ergehenden Zulassungsbescheide erteilt die Stiftung für Hochschulzulassung im Namen und im Auftrag der Westfälischen Wilhelms-Universität.

§ 18 Losentscheid

- (1) Nach Abschluss des Nachrückverfahrens vergibt die Westfälische Wilhelms-Universität noch verfügbare oder verfügbar werdende Studienplätze durch Los.

§ 19 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Westfälischen Wilhelms-Universität in Kraft.

Ermittlung der Durchschnittsnote (zu § 5 Abs. 1)

- (1) Bei Hochschulzugangsberechtigungen auf der Grundlage der
1. "Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung von Zeugnissen der allgemeinen Hochschulreife, die an Gymnasien mit neugestalteter Oberstufe erworben wurden" gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 7. Mai 1971 in der Fassung vom 8. November 1972 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 191.1),
 2. "Vereinbarung zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II" gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 7. Juli 1972 in der Fassung vom 24. Oktober 2008 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 176),
 3. "Vereinbarung über die Abiturprüfung für Nichtschülerinnen und Nichtschüler entsprechend der Gestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II" gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 13. September 1974 in der Fassung vom 24. Oktober 2008 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 192.2),
 4. "Vereinbarung über die Durchführung der Abiturprüfung für Schülerinnen und Schüler an Waldorfschulen" gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 21. Februar 1980 in der Fassung vom 24. Oktober 2008 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 485.2),
 5. "Vereinbarung zur Gestaltung der Abendgymnasien" gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 21. Juni 1979 in der Fassung vom 24. Oktober 2008 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 240.2),
 6. "Vereinbarung zur Gestaltung der Kollegs" gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 21. Juni 1979 in der Fassung vom 24. Oktober 2008 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 248.1),

die eine auf eine Stelle nach dem Komma bestimmte Durchschnittsnote enthalten, wird diese von der Stiftung bei der Rangplatzbestimmung zugrunde gelegt. 2Enthält die Hochschulzugangsberechtigung keine Durchschnittsnote nach Satz 1, aber eine Punktzahl der Gesamtqualifikation, wird von der Stiftung nach Anlage 2 der "Vereinbarung über die Abiturprüfung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II" gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 13. Dezember 1973 in der Fassung vom 24. Oktober 2008 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 192) die Durchschnittsnote aus der Punktzahl der Gesamtqualifikation errechnet. 3Die Durchschnittsnote wird auf eine Stelle nach dem Komma errechnet; es wird nicht gerundet.

- (2) Bei Hochschulzugangsberechtigungen auf der Grundlage der "Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung der an Gymnasien erworbenen Zeugnisse der allgemeinen Hochschulreife" gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 20. März 1969 - in der Fassung vom 20. Juni 1972 - und vom 13. Dezember 1973 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 191) wird die allgemeine Durchschnittsnote aus dem arithmetischen Mittel der Noten der Hochschulzugangsberechtigung einschließlich der Noten für die im 11. und 12. Schuljahr abgeschlossenen Fächer wie folgt gebildet:
1. Weist die Hochschulzugangsberechtigung eine Note für das Fach Gemeinschaftskunde aus, werden die Noten für die Fächer Geschichte, Erdkunde, Sozialkunde und Philosophie sowie für sonstige Fächer, die in der Hochschulzugangsberechtigung als zu dem Fach Gemeinschaftskunde gehörig ausgewiesen sind, nicht gewertet;
 2. weist die Hochschulzugangsberechtigung keine Note für das Fach Gemeinschaftskunde aus, ist diese aus dem arithmetischen Mittel der Noten für die Fächer Geschichte, Erdkunde, Sozialkunde und Philosophie oder für die Fä-

cher, die in der Hochschulzugangsberechtigung als zu dem Fach Gemeinschaftskunde gehörig ausgewiesen sind, zu bilden;

3. ist in der Hochschulzugangsberechtigung eine Note für das Fach Geschichte mit Gemeinschaftskunde ausgewiesen, gilt diese Note als Note für das Fach Geschichte und als Note für das Fach Sozialkunde;
4. bei der Bildung der Note für das Fach Gemeinschaftskunde wird gerundet;
5. ist in der Hochschulzugangsberechtigung neben den Noten für die Fächer Biologie, Chemie und Physik eine Gesamtnote für den naturwissenschaftlichen Bereich ausgewiesen, bleibt diese bei der Errechnung der Durchschnittsnote außer Betracht;
6. Noten für die Fächer Religionslehre, Ethik, Kunsterziehung, Musik und Sport bleiben außer Betracht, es sei denn, dass die Zulassung zu einem entsprechenden Studiengang beantragt wird;
7. Noten für die Fächer Kunsterziehung, Musik und Sport werden gewertet, soweit sie Kernpflichtfächer waren;
8. Noten für zusätzliche Unterrichtsveranstaltungen und für Arbeitsgemeinschaften bleiben unberücksichtigt;
9. die Durchschnittsnote wird auf eine Stelle nach dem Komma errechnet; es wird nicht gerundet.

Die allgemeine Durchschnittsnote wird von der Schule, die besonderen Durchschnittsnoten für bestimmte Studiengänge nach Satz 1 Nr. 6 werden auf Antrag von der Schule in der Hochschulzugangsberechtigung oder einer besonderen Bescheinigung ausgewiesen. Für Hochschulzugangsberechtigungen, die vor dem 1. April 1975 erworben wurden, ermittelt die Stiftung die Durchschnittsnoten, soweit sie nicht von der Schule ausgewiesen sind.

(3) Bei Hochschulzugangsberechtigungen auf der Grundlage

1. der "Vereinbarung über Abendgymnasien" gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 3. Oktober 1957 in der Fassung vom 8. Oktober 1970 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 240),
2. des Beschlusses der Kultusministerkonferenz vom 8. Juli 1965 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 248) über die "Institute zur Erlangung der Hochschulreife („Kollegs“)"

wird die Durchschnittsnote aus dem arithmetischen Mittel der Noten der Hochschulzugangsberechtigung mit Ausnahme der Noten für die Fächer, die in der Hochschulzugangsberechtigung oder einer besonderen Bescheinigung als vorzeitig abgeschlossen ausgewiesen sind, gebildet. Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 bis 6 und 9 findet Anwendung. Ist die Durchschnittsnote nicht von der Schule ausgewiesen, wird sie von der Stiftung nach Satz 1 und 2 errechnet.

(4) Bei Hochschulzugangsberechtigungen auf der Grundlage der

1. 1. "Vereinbarung über die befristete gegenseitige Anerkennung von Zeugnissen der fachgebundenen Hochschulreife, die an zur Zeit bestehenden Schulen, Schulformen beziehungsweise -typen erworben worden sind" gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 25. November 1976 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 226.2) und vom 16. Februar 1978 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 226.2.1),
2. 2. "Sondervereinbarung über die gegenseitige Anerkennung der Zeugnisse von besonderen gymnasialen Schulformen, die zu einer allgemeinen Hochschulreife führen" gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 25. November 1976 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 226.1),

3. 3. "Rahmenvereinbarung über die Berufsoberschule" gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 25. November 1976 in der Fassung vom 1. Februar 2007 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 470)

finden die Absätze 1 bis 3 entsprechende Anwendung. Dabei ist bei der Bildung der Note für das Fach Gemeinschaftskunde nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 eine im Zeugnis ausgewiesene Note für das Fach Wirtschaftsgeographie beziehungsweise Geographie mit Wirtschaftsgeographie einzubeziehen.

- (5) Bei Hochschulzugangsberechtigungen, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990 an einer in eine Hochschule übergeleiteten Bildungseinrichtung erworben wurden, ist eine Durchschnittsnote von der Hochschule in dem Zeugnis oder einer besonderen Bescheinigung auszuweisen. Die Durchschnittsnote wird auf eine Stelle nach dem Komma errechnet; es wird nicht gerundet.
- (6) Bei sonstigen Hochschulzugangsberechtigungen, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990 erworben wurden und eine Durchschnittsnote enthalten, die auf eine Stelle nach dem Komma bestimmt ist, wird diese von der Stiftung bei der Rangplatzbestimmung zugrunde gelegt.
- (7) Bei sonstigen Hochschulzugangsberechtigungen, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990 erworben wurden und nur Einzelnoten im Rahmen eines sechsstufigen Notensystems enthalten, wird von der Stiftung eine Durchschnittsnote unter entsprechender Anwendung des Absatzes 2 Satz 1 Nr. 1 bis 6 und 9 aus dem arithmetischen Mittel der Noten gebildet; Noten für gegebenenfalls im 11. und 12. Schuljahr abgeschlossene Fächer sowie Noten für zusätzliche Unterrichtsveranstaltungen und für Arbeitsgemeinschaften bleiben unberücksichtigt.
- (8) Bei sonstigen Hochschulzugangsberechtigungen, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990 erworben wurden und weder eine Durchschnittsnote, die auf eine Stelle nach dem Komma bestimmt ist, noch Einzelnoten im Rahmen eines sechsstufigen Notensystems enthalten, ist eine Durchschnittsnote durch eine besondere Bescheinigung nachzuweisen, die von der für die Abnahme der entsprechenden Prüfung zuständigen Stelle oder von der obersten Landesbehörde auszustellen ist, unter deren Aufsicht diese Prüfung durchgeführt worden ist. Bei der Bestimmung der Durchschnittsnote sind einzelne Prüfungsleistungen, die der Hochschulzugangsberechtigung zugrunde liegen, zur Beurteilung heranzuziehen. Die Durchschnittsnote wird auf eine Stelle nach dem Komma bestimmt; es wird nicht gerundet.
- (9) Bei Hochschulzugangsberechtigungen aus der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, die nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10. Mai 1990 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 908) zur Aufnahme eines Studiums in der Bundesrepublik Deutschland berechtigen, wird die Durchschnittsnote nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 8. Juli 1987 in der Fassung vom 8. Oktober 1990 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 289.1) errechnet. Bei Hochschulzugangsberechtigungen aus den in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Ländern, die nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 21. Februar 1992 in der Fassung vom 12. März 1993 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 234) und vom 25. Februar 1994 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 234.1) zur Aufnahme eines Studiums in der Bundesrepublik Deutschland berechtigen, wird die Durchschnittsnote nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 21. Februar 1992 in der Fassung vom 9. Juni 1993 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 235) errechnet. Die Durchschnittsnote wird jeweils von der für die Ausstellung des Zeugnisses zuständigen Stelle auf eine Stelle nach dem Komma errechnet; es wird nicht gerundet. Die Stiftung legt die auf dem Zeugnis oder in einer besonderen Bescheinigung ausgewiesene Durchschnittsnote bei der Rangplatzbestimmung zugrunde.

- (10) Bei ausländischen Vorbildungsnachweisen wird die Gesamtnote, wenn keine Bescheinigung der Zeugnisanerkennungsstelle eines Landes über die Festsetzung einer Gesamtnote vorliegt, von der Stiftung auf der Grundlage der „Vereinbarung über die Festsetzung der Gesamtnote bei ausländischen Hochschulzugangszugnissen“ vom 15. 3. 1991 i. d. F. vom 18. 11. 2004 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 289.5) berechnet.
- (11) Bei Hochschulzugangsberechtigungen, die bis einschließlich 1986 aufgrund einer Abschlussprüfung unter dem Vorsitz einer oder eines Prüfungsbeauftragten der Kultusministerkonferenz an deutschen Schulen im Ausland (ausgenommen die Schulen mit neugestalteter gymnasialer Oberstufe) und an Privatschulen im deutschsprachigen Ausland erworben wurden, ist die Durchschnittsnote durch eine Bescheinigung der oder des Prüfungsbeauftragten nachzuweisen. Dasselbe gilt weiterhin für die Zeugnisse der deutschen Reifeprüfungen, die am Lyzeum Alpinum in Zuoz und am Institut auf dem Rosenberg in St. Gallen erworben wurden. Die Durchschnittsnote wird auf eine Stelle nach dem Komma bestimmt; es wird nicht gerundet. Bei Hochschulzugangsberechtigungen, die ab 1987 aufgrund einer Abschlussprüfung unter dem Vorsitz einer oder eines Prüfungsbeauftragten der Kultusministerkonferenz an deutschen Schulen im Ausland erworben wurden, wird die auf dem Zeugnis ausgewiesene, auf eine Stelle nach dem Komma bestimmte Durchschnittsnote von der Stiftung bei der Rangplatzbestimmung zugrunde gelegt.
- (12) Bei Hochschulzugangsberechtigungen, die an den deutsch-französischen Gymnasien ab dem Abiturtermin 1982 erworben wurden, wird der in den Zeugnissen gemäß Artikel 30 des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik vom 10. Februar 1972 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 90) ausgewiesene "allgemeine Notendurchschnitt" bei der Rangplatzbestimmung zugrunde gelegt. Für die Umrechnung des "allgemeinen Notendurchschnitts" wird der für die Europäischen Schulen geltende Umrechnungsschlüssel gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 8. Dezember 1975 in der Fassung vom 14. Februar 1996 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 289.2) angewendet. Bei Absolventinnen und Absolventen der deutsch-französischen Gymnasien in Freiburg und Saarbrücken werden für das Abitur 1982 und 1983 die bis 1981 geltenden Richtlinien angewendet, sofern durch die Neuregelung im Einzelfall eine Verschlechterung der Durchschnittsnote eintritt. Die nach diesem Verfahren umgerechnete allgemeine Durchschnittsnote wird zusätzlich zum "allgemeinen Notendurchschnitt" im "Zeugnis über das Bestehen des deutsch-französischen Abiturs" ausgewiesen und durch den Stempelzusatz "Durchschnittsnote gemäß Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen" gekennzeichnet.
- (13) Bei Hochschulzugangsberechtigungen, die nach den Bestimmungen der/des „International Baccalaureate Organisation/Office du Baccalauréat International“ erworben wurden, wird die Durchschnittsnote auf der Grundlage der Vereinbarung über die Anerkennung des „International Baccalaureate Diploma/Diplôme du Baccalauréat International“ gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10. März 1986 in der Fassung vom 26. Juni 2009 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 283).

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fachbereichsrats der Medizinischen Fakultät vom 18. Dezember 2012.

Münster, den 27. Februar 2013

Die Rektorin



Prof. Dr. Ursula Nelles

Die vorstehende Ordnung wird gemäß der Ordnung der Westfälischen Wilhelms-Universität über die Verkündung von Ordnungen, die Veröffentlichung von Beschlüssen sowie Bekanntmachungen von Satzungen vom 08.02.1991 (AB Uni 91/1), zuletzt geändert am 23.12.1998 (AB Uni 99/4), hiermit verkündet.

Münster, den 27. Februar 2013

Die Rektorin



Prof. Dr. Ursula Nelles

Beitragsordnung

des Studentenwerks Münster – Anstalt des öffentlichen Rechts –

vom 14. Juni 1974.

Aufgrund der Beschlussfassung des Verwaltungsrates vom 20. August 2012 und vom 13. Dezember 2012 erhält die Beitragsordnung vom 14. Juni 1974, zuletzt geändert im Juni 2010, folgende Fassung:

§ 1

- (1) Für das Studentenwerk Münster wird in jedem Semester von allen immatrikulierten Studierenden

der Universität Münster,
 Fachhochschule Münster,
 Kunstakademie Münster,
 Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen, Abteilung Münster

ein Sozialbeitrag gemäß § 11 Abs. 5 StWG erhoben.

- (2) Die Beitragspflicht erstreckt sich auch auf die beurlaubten Studierenden. Dies gilt nicht für Beurlaubte zur Ableistung des Grundwehrdienstes oder zivilen Ersatzdienstes sowie für Studierende, die wegen Krankheit oder Schwangerschaft oder wegen eines Auslandsstudiums beurlaubt sind. Bei einer Befreiung wegen Krankheit oder Schwangerschaft ist durch Vorlage einer ärztlichen Bescheinigung nachzuweisen, dass ein ordnungsgemäßes Studium nicht möglich ist.
- (3) Studierende in Franchise-Studiengängen der Fachhochschule sind bis auf das erste Fachsemester vom Sozialbeitrag des Studentenwerks befreit. Dies gilt für die Franchise-Studiengänge „Bauen im Bestand“, „Baustellenmanagement“, „Betriebswirtschaft“, „Berufspädagogik im Gesundheitswesen – in Kooperation Bethel und Neuendettelsau“, „Wirtschaftslehre, Steuern und Rechnungswesen“. Die Befreiung gilt vorerst bis einschließlich SS 2014.

§ 2

- (1) Der Sozialbeitrag gemäß § 11 Abs. 1 Nr. 3 und Nr. 5 StWG wird auf 73,44 € je Studierendem im Semester festgesetzt. Diese Festsetzung gilt erstmalig mit Wirkung für das Sommersemester 2010.

§ 3

- (1) Der Beitrag wird jeweils fällig
- a) mit der Einschreibung,
 - b) Rückmeldung oder Beurlaubung.

Bei der Einschreibung, Rückmeldung oder Beurlaubung ist die Zahlung des Beitrages nachzuweisen.

- (2) Der Beitrag wird für das Studentenwerk Münster von der jeweiligen Hochschule oder Einrichtung, an der die/der Studierende eingeschrieben ist, eingezogen.

§ 4

Der Beitrag kann nicht erlassen, ermäßigt oder gestundet werden. Dies gilt nicht im Falle der Exmatrikulation oder des Widerrufs der Einschreibung aus wichtigem Grund im Laufe eines Semesters. Der Sozialbeitrag ist monatsanteilig zu erstatten.

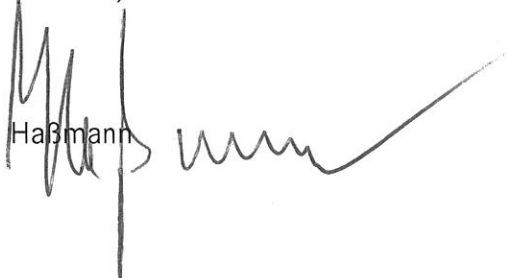
§ 5

Die Beitragsordnung des Studentenwerks Münster wird den Hochschulen (wie in § 1 Abs.1 dieser Beitragsordnung aufgeführt) zwecks amtlicher Bekanntmachung zugesandt.

§ 6

Die Beitragsordnung des StW Münster tritt in Kraft mit dem ersten des Monats, der ihrer Veröffentlichung folgt. Gleichzeitig tritt die Beitragsordnung vom 14. Juni 1974, zuletzt geändert im Juni 2010, außer Kraft.

Münster, im Dezember 2012

Haßmann 

JAHRESABSCHLUSS

BILANZ ZUM 31.12.2011



	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
AKTIVA		
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	408,9	430,1
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	136.694,4	124.117,5
2. Technische Anlagen und Maschinen	734,3	1.018,0
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.336,6	5.194,9
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.085,4	11.314,9
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	25,0	25,0
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	636,8	635,6
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	336,0	316,4
2. Waren	74,7	75,6
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	236,9	362,2
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	15,4	20,0
3. sonstige Vermögensgegenstände	1.708,8	1.657,7
4. sonstige Wertpapiere	4.000,0	2.000,0
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	8.994,5	10.069,0
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
davon Disagio: T€ 353,9 (im Vorjahr T€ 369,5)	378,8	421,4
	162.666,5	157.658,3
<u>Treuhandvermögen</u>		
Forderungen aus der Rückforderung von Förderungsleistungen nach dem BAföG	1.347,3	1.482,8
PASSIVA		
A. EIGENKAPITAL		
I. Anlagekapital	16.309,5	15.054,8
II. Rücklagen	22.284,7	26.047,1
III. Bilanzergebnis	-567,5	47,2
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONSZUSCHÜSSE ZUM ANLAGEVERMÖGEN		
1. Verwendete Zuschüsse	81.454,3	75.294,7
C. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	353,7	356,3
2. Steuerrückstellungen	33,2	373,0
3. Sonstige Rückstellungen	2.373,8	2.216,6
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	33.272,4	28.946,2
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.532,2	1.229,1
3. Sonstige Verbindlichkeiten	2.435,6	4.921,0
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
	3.184,6	3.172,3
	162.666,5	157.658,3
<u>Treuhandverbindlichkeiten</u>		
Verbindlichkeiten aus BAföG-Forderungen	1.347,3	1.482,8

JAHRESABSCHLUSS
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
FÜR DIE ZEIT VOM 01.01.-31.12.2011



	2011 T€	2010 T€
1. Umsatzerlöse	25.417,7	25.379,0
2. Erträge aus Sozialbeiträgen	6.705,4	6.307,7
3. Erträge aus Zuschüssen	7.016,1	6.807,3
4. Aktivierte Eigenleistungen	20,6	0,0
5. Sonstige betriebliche Erträge	7.386,8	5.179,6
6. Gesamtleistung	<u>46.546,6</u>	<u>43.673,6</u>
7. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-6.235,8	-6.196,5
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-7.441,0	-7.511,4
	<u>-13.676,8</u>	<u>-13.707,9</u>
8. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-14.664,1	-14.317,9
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: € 1.040.609,01 (Vorjahr: € 1.020.399,40)	-4.008,8	-3.889,3
	<u>-18.672,9</u>	<u>-18.207,2</u>
9. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen- stände und Sachanlagen	-3.837,7	-3.991,9
10. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	1.389,0	1.369,9
	<u>-2.448,7</u>	<u>-2.622,0</u>
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-10.618,6	-6.239,6
12. Erträge aus Wertpapieren des Finanzanlagever- mögens	1,7	2,6
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	50,6	37,2
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen	-20,0	0,0
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-915,0	-864,7
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>246,9</u>	<u>2.072,1</u>
17. Außerordentliche Aufwendungen	-3.266,4	-96,2
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3,0	-1,2
19. Sonstige Steuern	-105,8	-192,4
20. Jahresfehlbetrag/-überschuss	<u>-3.122,3</u>	<u>1.782,2</u>
21. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	47,2	0,0
22. Entnahmen aus dem Anlagekapital	267,9	822,4
23. Entnahmen aus den Rücklagen	3.854,1	0,0
24. Einstellungen in das Anlagekapital	-1.522,7	-1.412,3
25. Einstellungen in Rücklagen	-91,7	-1.145,1
26. Bilanzergebnis	<u><u>-567,5</u></u>	<u><u>47,2</u></u>

**Erste Ordnung zur Änderung der Promotionsordnung der Fachbereiche
Geschichte/Philosophie und Philologie der Westfälischen Wilhelms-
Universität vom 26. Juli 2012
vom 08.02.2013**

Aufgrund der §§ 2 Abs. 4, 67 Abs. 3 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG) in der Fassung des Hochschulfreiheitsgesetzes vom 31.10.2006 (GV. NRW. 2006, S. 474), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 31.01.2012 (GV. NRW. 2012, S. 90), hat die Westfälische Wilhelms-Universität folgende Ordnung erlassen:

Artikel 1

Die Promotionsordnung der Fachbereiche Geschichte/Philosophie und Philologie der Westfälischen Wilhelms-Universität vom 26. Juli 2012 wird wie folgt geändert:

1. In § 5 wird unter Ordnungsnummer 22 „(Baltistik)“ gestrichen.
2. In § 5 werden die Ordnungsnummern 29 bis 35 wie folgt neu gefasst:
 - „29. Nordische Philologie
 - 30. Ost- und Westslavische Philologie
 - 31. Romanische Philologie
 - 32. Semitische Philologie
 - 33. Philosophie
 - 34. Religionswissenschaft (FB 02)
 - 35. Religionswissenschaft (FB 01)“
3. In § 12 Abs. 2 wird am Satzanfang die Formulierung „Die Disputatio kann als Video-Konferenz durchgeführt werden“ ersetzt durch „Die Disputatio kann in begründeten Fällen als Video-Konferenz durchgeführt werden“.
4. § 14 Abs. 5 wird wie folgt gefasst:

„Wird eine monographische Dissertation gedruckt, so muss sie eine Mindestauflage von 150 Exemplaren haben und über den Buchhandel erhältlich sein. Sie muss auf der Rückseite des Titelblattes als Dissertation unter Angabe des Dissertationsortes ausgewiesen sein. Alternativ kann die Dissertation auf Antrag auch in einem ‚Book on Demand‘ (BOD)-Verlag über den Buchhandel publiziert werden. Von gedruckten oder im BOD-Verfahren publizierten Dissertationen sind sechs Pflichtexemplare einzureichen. Wird die Dissertation in sonstiger Weise vervielfältigt, sind 100 Pflichtexemplare einzureichen (oder alternativ vier Pflichtexemplare und 96 Microfiche-Ausgaben).“
5. § 14 Abs. 6 wird wie folgt gefasst:

„Erfolgt die Publikation in elektronischer Form sind Datenformat, Datenträger und Nutzungsrechte mit der Universitäts- und Landesbibliothek abzustimmen. Es ist eine schriftliche Bestätigung der Universitäts- und Landesbibliothek über die Ablieferung der Arbeit in einer der genannten Publikationsformen beizufügen. Bei Publikation in elektronischer Form sind außer der jeweiligen Fassung vier gebundene Computerausdrucke einzureichen.“
6. § 14 Abs. 7 wird wie folgt gefasst

„Alle genannten Publikationsformen müssen mit der vom Gemeinsamen beschließenden Ausschuss zur Veröffentlichung freigegebenen Fassung übereinstimmen.“

7. Nach § 14 Abs. 7 wird folgender Absatz 8 neu eingefügt:

„Im Falle einer kumulativen Dissertation (s. § 3 Abs. 4 und Anhang C) sind sämtliche Teilpublikationen in gebundener Form und versehen mit den üblichen Titelseiten in sechs Pflichtexemplaren einzureichen.“

8. § 15 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

„Die Urkunde enthält das Thema und das Prädikat der Dissertation sowie die Gesamtnote der Promotion.“

9. In § 15 Abs. 2 Satz 1 wird „in Gegenwart einer Betreuerin / eines Betreuers“ gestrichen.

10. In Anhang B wird unter Ordnungsnummer 21 „Altorientalistik“ durch „Altorientalische Philologie“ ersetzt. Unter Ordnungsnummer 32 wird „Semitistik“ durch „Semitische Philologie“ ersetzt.

11. In Anhang B

12. erhält die Ordnungsnummer 34 statt der bisherigen Überschrift „Religionswissenschaft“ die Überschrift „Religionswissenschaft (FB 02)“.

13. In Anhang B wird nach der Ordnungsnummer 34 wird folgender Passus eingefügt
„35. Religionswissenschaft (FB 01)

1. Sprachvoraussetzungen

- Funktionale Sprachkenntnisse in zwei Fremdsprachen

2. Begleitendes Studienprogramm

a. Pflichtleistungen:

- Regelmäßige, wenigstens einmal im Semester stattfindende, vorbereitete Einzelbetreuung durch die Betreuer mit Vorstellung der erreichten Arbeitsfortschritte durch die Promovendin/den Promovenden, gemeinsame Diskussion sowie Projektierung der weiteren Arbeiten mit von allen Anwesenden unterzeichnetem Kurzprotokoll
- Mindestens zwei Semester Teilnahme am Doktorandenkolloquium mit Präsentation

b. Wahlpflichtleistungen:

- Besuch einer Lehrveranstaltung mit/ohne Leistungsnachweis
- Besuch einer Fachtagung mit/ohne eigenen Vortrag
- Publikation eines Artikels oder Aufsatzes
- Abhalten einer eigenen Lehrveranstaltung oder Assistenz bei einer Lehrveranstaltung (Co-Teaching)
- Organisation einer wissenschaftlichen Tagung
- Organisation und Durchführung einer Exkursion
- Forschungsaufenthalt im Ausland oder Auslandsstudium von 3 bis 6 Monaten

In welchem Umfang Wahlpflichtleistungen erbracht werden müssen, wird individuell in der Betreuungsvereinbarung geregelt.“

14. In Anhang B werden die bisherigen Ordnungsnummern 35 bis 40 zu Ordnungsnummern 36 bis 41.

Artikel 2

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachung der Westfälischen Wilhelms-Universität in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Gemeinsamen beschließenden Ausschusses der Fachbereiche Geschichte/Philosophie und Philologie vom 7. Januar 2013.

Münster, den 8. Februar 2013

Die Rektorin



Prof. Dr. Ursula Nelles

Die vorstehende Ordnung wird gemäß der Ordnung der Westfälischen Wilhelms-Universität über die Verkündung von Ordnungen, die Veröffentlichung von Beschlüssen sowie Bekanntmachungen von Satzungen vom 08.02.1991 (AB Uni 91/1), zuletzt geändert am 23.12.1998 (AB Uni 99/4), hiermit verkündet.

Münster, den 8. Februar 2013

Die Rektorin



Prof. Dr. Ursula Nelles

**Erste Ordnung zur Änderung
der Ordnung der Graduate School of Sociology
des Fachbereichs 06 an der
Westfälischen Wilhelms-Universität Münster
vom 03. Februar 2009
vom 08.02.2012**

Aufgrund der §§ 2 Abs. 4, 67 Abs. 3 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG) in der Fassung des Hochschulfreiheitsgesetzes vom 31.10.2006 (GV. NRW. 2006, S. 474), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 31.01.2012 (GV. NRW. 2012, S. 90), hat die Westfälische Wilhelms-Universität folgende Ordnung erlassen:

Artikel 1

Die Ordnung der Graduate School of Sociology des Fachbereichs 06 an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster vom 03. Februar 2009 (AB Uni 2009/07, S. 486 ff.) wird wie folgt geändert:

1. § 5 Abs. 1 Nr. 4.) erhält folgende Fassung:

„Promovierende, soweit sie für den Promotionsstudiengang Soziologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität immatrikuliert sind und aufgrund des formellen Zulassungsverfahrens gemäß § 10 für die Graduate School of Sociology zugelassen sind; die Mitgliedschaft bleibt bestehen bis zur erfolgreichen Durchführung der Disputatio gem. § 16 dieser Ordnung.“

2. § 7 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„¹Der Vorstand wird von den Mitgliedern der Graduate School of Sociology in einer Mitgliederversammlung für die Dauer von drei Jahren gewählt. ²Zu der Mitgliederversammlung lädt die Sprecherin/der Sprecher ein.“

3. § 10 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„Das Betreuungsteam hat die Aufgabe, die Studierende/den Studierenden während der gesamten Dauer des Studiums und des gesamten Promotionsvorhabens fachlich zu beraten und durch aktive Unterstützung die Durchführung des Promotionsvorhabens in der Regelzeit zu ermöglichen.“

4. § 11 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„¹Das Studium erstreckt sich in der Regel über sechs Semester. ²Davon kann in begründeten Fällen nach Absprache mit beiden Betreuerinnen/Betreuern abgewichen werden.“

5. § 13 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„¹Die Studieninhalte werden zwischen den Betreuerinnen/Betreuern und der Promovendin/dem Promovenden in einer Promotionsvereinbarung vereinbart. ²Änderungen des Promotionsvorhabens (Betreuungsvereinbarung/Arbeitsplan) müssen mit dem/der Betreuer/in abgesprochen werden.“

6. In § 13 Abs. 5 wird die unter „Leistungsbereich 1“ aufgeführte Formulierung wie folgt gefasst:

„Leistungsbereich 1:

- Regelmäßige und aktive Teilnahme am Forschungskolloquium der Graduate School of Sociology während der gesamten Zeit der Zugehörigkeit zur Graduate School of Sociology“ 15 ECTS-Punkte

7. § 14 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„Die Dissertation kann bereits nach vier Semestern, soll in der Regel zum Ende des sechsten Semesters des Promotionsstudiums zur Prüfung vorgelegt werden.“

Artikel 2

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Westfälischen Wilhelms-Universität (AB Uni) in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fachbereichsrats des Fachbereichs Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften (Fachbereich 06) vom 09.05.2012 und des Fakultätsrats der Philosophischen Fakultät vom 7. Januar 2013.

Münster, den 8. Februar 2013

Die Rektorin



Prof. Dr. Ursula Nelles

Die vorstehende Ordnung wird gemäß der Ordnung der Westfälischen Wilhelms-Universität über die Verkündung von Ordnungen, die Veröffentlichung von Beschlüssen sowie die Bekanntmachung von Satzungen vom 08. Februar 1991 (AB Uni 91/1), geändert am 23. Dezember 1998 (AB Uni 99/4), hiermit verkündet.

Münster, den 8. Februar 2013

Die Rektorin



Prof. Dr. Ursula Nelles

**Ordnung zur
Änderung der Promotionsordnung der Philosophischen Fakultät der
Westfälischen Wilhelms Universität
vom 5. Dezember 2001
vom 08.02.1013**

Aufgrund der §§ 2 Abs. 4, 67 Abs. 3 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG) in der Fassung des Hochschulfreiheitsgesetzes vom 31.10.2006 (GV. NRW. 2006, S. 474), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 31.01.2012 (GV. NRW. 2012, S. 90), hat die Westfälische Wilhelms-Universität folgende Ordnung erlassen:

Artikel 1

Die Promotionsordnung der Philosophischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms Universität vom 5. Dezember 2001 wird wie folgt geändert:

1. In § 2 wird hinter die bisherige Ordnungsnummer „49. Religionswissenschaft“ wie folgt geändert:

„49. Religionswissenschaft (FB 02)
49b. Religionswissenschaft (FB 01)“

2. In § 11 Abs. 3 wird in der Liste der dort aufgeführten Fächer „Religionswissenschaft“ geändert in „Religionswissenschaft (FB 02)“. Es wird hinzugefügt „Religionswissenschaft (FB 01)“.

3. In Anhang A wird bei Ordnungsnummer 49 hinter Religionswissenschaft hinzugesetzt „(FB 02)“. Vor Ordnungsnummer 50 wird eingefügt:

„49b. Religionswissenschaft (FB 01)

Hauptfach

funktionale Sprachkenntnisse in zwei Fremdsprachen

2 Leistungsnachweise (Haupt- oder Oberseminar) in einer einschlägigen Lehrveranstaltung

Nebenfach

funktionale Sprachkenntnisse in Englisch

1 Leistungsnachweis (Haupt- oder Oberseminar) in einer einschlägigen Lehrveranstaltung“

Artikel 2

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachung der Westfälischen Wilhelms-Universität in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fakultätsrats der Philosophischen Fakultät vom 7. Januar 2013.

Münster, den 8. Februar 2013

Die Rektorin



Prof. Dr. Ursula Nelles

Die vorstehende Ordnung wird gemäß der Ordnung der Westfälischen Wilhelms-Universität über die Verkündung von Ordnungen, die Veröffentlichung von Beschlüssen sowie Bekanntmachungen von Satzungen vom 08.02.1991 (AB Uni 91/1), zuletzt geändert am 23.12.1998 (AB Uni 99/4), hiermit verkündet.

Münster, den 8. Februar 2013

Die Rektorin



Prof. Dr. Ursula Nelles